Münsters Arbeitslosenzeitung 3/97
August – September

SPERRE

umsichtig unberechenbar umsonst

SCHÖNE FERIEN!
wünscht Gerhard Schröder: „Wir haben genug an ihnen verdient."

Sommer, Sonne, Standort!

Urlaub '97:
4,2 Millionen sind
schon baden gegangen.
Buchen Sie jetzt!

Surfen im Freizeitpark

http://www.arbeits-los.de

EDITORIAL

Foto: privat

Captain an Darth Jagoda: Arbeitslose Lebensform eingedrungen. – Mit „Leucht-Rotstift" exterminieren!

Liebe Leserinnen und Leser!

„Es ist leichter den Mund, als eine Rede zu halten." – Mit dieser scharfsinnigen Bemerkung bewies Heinz Erhard nicht nur Humor, sondern ein politisches Format, das ihn heute zu höchsten Staatsämtern befähigen würde. Wer wissen will, wie Politiker über Gott und die Welt denken, gebe nichts auf deren wilde Phraserei, sondern höre genau hin, wann und wozu sie schweigen.

Bundespräsident Roman Herzog hat am 26. April in jener historischen *„Berliner Rede"*, mit der er allen ins Gewissen reden wollte und am Ende doch nur jedem aus der Seele sprach, zur *„inneren Erneuerung"* Deutschlands aufgerufen.

Deutschland, erwache aus deinem Dämmerschlaf! Diese Botschaft kam an: Hans-Olaf Henkel, Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, erwachte und forderte Roman Herzog nahezu unverblümt auf, das letzte große Handicap für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu beseitigen: die freiheitlich demokratische Grundordnung. Henkel schrieb in der Zeitschrift „Die Woche" vom 11. Juli 1997, Herzog solle seine Rede um einen zweiten Teil ergänzen:

„Und dieser müßte sich mit der Frage befassen, ob ein Land mit unserer föderalen Struktur, mit 16 Bundesländern, einem Verhältniswahlrecht, überhaupt eine Chance hat, sich so schnell zu verändern wie andere. … Jemand muß beginnen, über die Fähigkeit unseres politischen Systems im Wettbewerb mit anderen zu sprechen. Dazu gehört unsere Verfassung. … Wer wäre da geeigneter als Bundespräsident Roman Herzog!"

Seitdem herrscht Funkstille. Hat es dem sonst so eloquenten Verfassungsrichter a. D. die Sprache verschlagen? Er müßte diesem impertinenten Frechling doch nur Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes vorhalten:

„Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig."

Henkel will die Grundsatzentscheidung des Artikel 20 Absatz 1 zum demokratischen und sozialen Bundesstaat antasten, weil er ein anderes, ein bescheideneres Deutschland will. Eines, das sich mit einem Grundgesetz zufriedengibt, das nur aus zwei kleinen Worten besteht: „Profit, heil!"

Sollten Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft nicht schon gegen ihn und sein Sympathisantenumfeld ermitteln, so müßte der Bundespräsident sie dazu auffordern. Er hat nämlich geschworen, *„das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes (zu) wahren und (zu) verteidigen"*.

Wenigstens dürfte man von ihm und all den anderen Amts- und Würdenträgern, die diesen Eid geleistet haben, erwarten, daß sie laut und deutlich die Stimme erheben, wenn jemand die Grundlagen dieser Republik in Frage stellt. Erst recht, wenn dieser Jemand einer der mächtigsten Männer in diesem Land ist.

Allerdings gehört zu dieser Erwartung eine gehörige Portion Naivität:

Sie haben das Asylrecht faktisch abgeschafft. Sie haben mit dem Asylbewerberleistungsgesetz, das Flüchtlingen für drei Jahre 20 Prozent weniger zum Leben gestattet als deutschen Sozialhilfeempfängern, gegen den Gleichheitsgrundsatz und die Menschenwürde verstoßen, und sie haben das Arbeitsförderungsreformgesetz (AFRG) passieren lassen, das Arbeitslosen u. a. nach der Freiheit der Berufswahl und ihren versicherungsrechtlichen Eigentumsansprüchen trachtet. Außerdem verletzt das AFRG nach Ansicht juristischer Gutachter das Sozialstaatsprinzip und die Tarifautonomie. Dies alles haben wir in *SPERRE* 2/97 gezeigt.

Wer immer diese Entscheidungen mitgetragen hat, sei es in Regierung oder Opposition, im Parlament oder im Bundesrat, ob als Bundespräsident, Kanzler, Minister, Abgeordneter oder Ministerpräsident, kann nicht mehr glaubhaft einer unbedingten Verfassungstreue das Wort reden.

Deshalb halten sie still. Doch diese Ruhe beschwört den Sturm herauf.

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes erlaubt sie nämlich – die Explosion des Schweigens.

Uwe Wiedenstried

Uwe Wiedenstried

INHALT

SEITE

„Delikt: Arbeitslos" jetzt als Postkarte und Poster
KEIN JOB IST SO HART WIE KEINER 4

Existenzgründer: **DRAHTSEILAKT OHNE NETZ**

Arbeitslosenhilfe: Lebensversicherung, Vermögen und andere „Kleinigkeiten"
PRÜFUNG BEI VERDACHT 5

Auf der *SPERRE*-Couch: **Kirsten Faust, Elke Pieck** von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA)
„ES GEHT UM MENSCHEN. MAN MUSS SCHUTZ GEWÄHREN!" 6

SCHUTZRAUM MIT VIER BUCHSTABEN? – GGUA 10

Segelschule Overschmidt akzeptiert den Vorläufigen MÜNSTER-PASS
KURZINTERVIEW: MÜNSTER-PASS, AHOI! 11

Jobwunder oder kreative Buchführung? – Das niederländische Poldermodell
SOZIALABBAU MIT SAHNEHÄUBCHEN 12

Euro-Märsche, Liebesparaden und Eiertänze: **TANZ DER LEMMINGE** 15

Sam Sperre ermittelt: ***DER ZAUBERBERG, TEIL VI*** 16

Einspruch! – Stattgegeben! **URTEILE UND ANWALTTIPS** 18

Euro-Marsch nach Amsterdam/Europäische Beschäftigungspolitik
DER STURM ZIEHT AUF/EIN KAPITEL FÜR SICH 20

Bildungspolitische Bratwurstbude? – Teurer Wissenshunger für Arbeitslose
VOLKSHOCHSCHULE FÜR ALLE? 22

Arbeit satt? – Fast food aus der Gerüchteküche
WILLKOMMEN IM FOCUS-ABKOCHSTUDIO 24

Freie Fahrt? – Arbeitslose im Bewerbungskosten-Karussell
SELBSTZAHLER BEVORZUGT 25

MIETWUCHER UND MODERNISIERUNGEN 26

Stadtliche Frauenpower
KLARA E. V. / OHNE FRAUEN IST KEINE STADT ZU MACHEN 28

SPIEGEL-Reflexionen und Schnappschüsse: Fotokurs, die Zweite
***SPERRE* IM FOCUS** 30

Pack die Badehose ein – Urlaub für Arbeitslose: **REIF FÜR DIE INSEL?** 31

Secondhand in Münster: **EIN ERSTKLASSIGES ANGEBOT** 32

Buchtip – Irvine Welshs Romanzen mit chemischen Zusätzen: *Ecstasy*
EKSTATISCHE TRIPS INS SURREALE 33

Nabelschau – AbM e. V. aktiv: Kein Stillstand ohne Stelle/ Kinder reden mit
START IN DIE ARBEITSWELT / DAS SIND WIR 34

RÄTSEL / KREUZWEISE 35

Impressum

Herausgeber:
Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e. V., Achtermannstraße 7, 48143 Münster
Telefon: (02 51) 51 11 21
Telefax: (02 51) 4 79 14
E-Mail: sperre@muenster.de
abm@muenster.de
SPERRE im Internet:
www.muenster.org/sperre

Redaktion:
Dirk Nothnagel (nodi), Uwe Wiedenstried, V.i.S.d.P. (uwi)

Mitarbeit:
Wilhelm Achelpöhler, Norbert Attermeyer (noa), Christoph Busch (cb), Paul Demel (pade), Maria Hamers, Andrea Milne, Anne Neugebauer, Wolfgang Schulte, Arnold Voskamp (avo), Alexandra West (alex), Ulrich Wieners (uli)

Layout u. Titelbildgestaltung
Uwe Wiedenstried

Satz:
Norbert Attermeyer, Alexandra West

Fotos:
Wilhelm Grünberg, Maria Hamers, Anne Neugebauer, Dirk Nothnagel, Werner Thiel, Uwe Wiedenstried, Bundesarchiv Koblenz

Karikaturen: Frank Hegemann

Anzeigen und Spenden:
Maria Hamers, Uwe Wiedenstried

Druck: Lensing-Wolff

Auflage: 8.000

Bankverbindung/Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Münster – BLZ 400 101 11 –, Kto. 1021213400

Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Das Recht zu kürzen behalten wir uns vor. Anonyme Zuschriften veröffentlichen wir nicht. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Das Urheberrecht für die Beiträge liegt bei den Autoren. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

Anzeigenpreisliste vom 26.6.1995
Nächste Ausgabe: Ende September 1997

„ARBEITS-/LEBENS-/SINNLOS", so lautet der Titel eines Plakatwettbewerbes, den der *„Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e. V."* aus Bielefeld gemeinsam mit dem *„Institut für Arbeitnehmerbildung"* in Lage-Hörste ausgeschrieben hatte. An diesem Wettbewerb beteiligten sich 143 GestalterInnen aus Deutschland, Österreich, Frankreich und der Schweiz mit insgesamt 233 Entwürfen. Auch die *SPERRE* war mit drei Entwürfen dabei. Einen davon (Foto rechts) gibt es jetzt als Postkarte und Poster zu kaufen.

Das SPERRE-Poster hat die Farben Dunkelblau/Gelb. Maße 70 x 100 cm²; Layout: Uwe Windenstriel, Fotos: Dirk Nothnagel.

Kein Job ist so hart wie keiner

Die Preisverleihung und Eröffnung der Plakatausstellung fand am 3. Juli 1997 im Institut für Medien und Kunst in Lage-Hörste statt.

Prof. Eckhard Jung faßte das Ergebnis im Auftrag der Jury zusammen: „Die Jury war überrascht von der hohen Qualität der Wettbewerbsbeiträge. Schärfe, Witz und kommunikative wie gestalterische Kompetenz konstatierte die Jury nicht nur den Preisträgern, sondern auch einer großen Zahl von Entwürfen, die in die Schlußrunde gekommen war."

Die 52 besten Plakate waren zunächst im Institut für Medien und Kunst zu sehen. Jetzt gehen sie auf Wanderschaft. Für die Ausstellung liegen bereits mehr als 20 Nachfragen aus allen Bundesländern vor.

Das Postkartenbuch mit dem Titel *„Kein Job ist so hart wie keiner ..."* enthält die 29 besten Entwürfe. Es ist bereits jetzt zu erhalten und kostet 10 DM.

Poster gibt es zur Zeit nur von den Entwürfen der beiden ersten Preisträger.

Das *SPERRE-Poster* erscheint in Kürze zum Preis von 8 DM (zzgl. Porto und Versand). 40 Bestellungen liegen bereits vor. Weitere nehmen wir gerne entgegen.

Bestelladresse: siehe Impressum, S. 3.

Wer Postkartenbuch und/oder Plakate bestellen oder gar die Wanderausstellung an seinen Heimatort holen möchte, wende sich bitte an das:

Institut für Medien und Kunst,
Teutoburgerwaldstraße 105,
32741 Lage-Hörste
Tel.: (0 52 32) 9 83-0,
Fax: (0 52 32) 9 83-4 62.

Im Internet sind die Wettbewerbsergebnisse auch in voller Farbenpracht zu bewundern, und zwar unter folgender Adresse:

http://www.digitalvisions.de/kos.

Nur Dieckstraße 73–75

DIE MÖBELRAMPE

ist eine Einrichtung zur beruflichen und sozialen Integration von Nichtseßhaften, Haftentlassenen und Alkoholikern.

Auch Sie können uns unterstützen

– durch Spenden
von Möbeln, Elektrogeräten, Trödel, Hausrat aller Art*.

– durch Kauf
denn die Sachkosten, also Miete, Telefon, Material, Fahrzeugkosten usw. müssen wir selber aufbringen.

– durch Mitarbeit
wenn Sie Engagement und handwerkliches Geschick mitbringen.

* Auch komplette Haushaltsauflösungen, z.B. im Todesfalle, werden von uns abgewickelt.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie uns an. Wir stehen Ihnen gerne Rede und Antwort.

Telefon (02 51) 2 30 11 55

ExistenzgründerInnen-Treffen in der SPERRE (Di. 12.00-16.00 Uhr u. Mi. 10.00-12.00 Uhr) Foto: *Nothnagel*

Drahtseilakt ohne Netz

Nur noch für sechzehn Wochen Überbrückungsgeld für Existenzgründer

Theo Waigels Haushaltslöcher machen sich auch im Arbeitsamt Münster bemerkbar. Seit Anfang Juni gibt es nur noch für 16 statt wie bisher für 26 Wochen Überbrückungsgeld zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit. Dies muß nicht das Ende der Fahnenstange in diesem Jahr sein. Nach Auskunft des Arbeitsamtes wird sich der Plan der Bundesregierung, bei der Arbeitsförderung 2 Mrd. DM einzusparen, zukünftig auch auf das Überbrückungsgeld auswirken. In diesem Jahr soll es jedoch laut Arbeitsamt Münster keine weiteren Kürzungen des Überbrückungsgeldes geben. Ob unter diesen Bedingungen eine seriöse Selbständigkeit aufgebaut werden kann, das bleibt das Geheimnis von Theo Waigel.

Im Klartext: Der von der Bundesregierung propagierte Mut zum Selbständigmachen wird jetzt zu einem wahren Drahtseilakt: ohne Netz – aber mit viel Applaus. *nog*

Leserbrief

Deutschland, wohin gehst du?

Die Arbeitslosenzahlen haben sich gegenüber 1996 um 437.000 erhöht. Das Schlimme an dieser Tatsache ist, daß unsere Regierung außer belanglosen Wortgefechten nichts gegen die hohen Arbeitslosenzahlen unternimmt.

Sie verzichtet sogar auf die Vermögenssteuer, statt diese zu erhöhen und mit dem Erlös Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig boomt auch der Dax ins Unermeßliche, die Gewinne der Aktionäre und der Unternehmer steigen enorm.

Was ist uns Menschen eigentlich wichtiger, eine stetig steigende Börse oder Arbeitsplätze? ... Die Menschen zählen nicht mehr, nur noch die haushohen Gewinne.

Interessant ist auch in diesem Zusammenhang die Äußerung des Bundesvorsitzenden des Arbeiter-Samariter-Bundes, Fritz Tepperwien, der am 18. April 1996 bekannt gab, daß in den Pflegekassen ein Überschuß von acht Milliarden DM auf Halde liegt. Es ist schon mehr als verwunderlich, daß dieser Überschuß von unseren Politikern bis vor wenigen Tagen einfach ignoriert wurde. Mit einem großen Teil dieses Geldes könnten AB-Maßnahmen gefördert werden. ...

Hier ein paar Vorschläge aus meiner Feder, um die hohen Arbeitslosenzahlen zu reduzieren: Unternehmer, die im Ausland produzieren, müssen für jeden dort geschaffenen Arbeitsplatz eine entsprechend hohe Abgabe in Deutschland zahlen. Mit diesem Geld könnten dann in unserer Heimat wieder neue Arbeitsplätze entstehen, oder aber den Unternehmern würde damit die Schaffung von Arbeitsplätzen im Ausland vermiest. Ich wage zu behaupten, daß ohne diese Maßnahme in diesem unseren Lande keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden können. Es sei denn, daß in einer Partnerschaft (z. B. Ehe) nur ein Partner in Beschäftigung bleibt. Für den „Freigestellten" müßte dann ein Haushaltszuschuß als finanzieller Ausgleich gezahlt werden. Als eventuelle Beschäftigung könnte dann eine ehrenamtliche Tätigkeit im Sozialbereich zur Verfügung stehen.

Herbert Elsner, Pohlstraße 9 a, 48366 Laer

Skulptur Projekte in Münster 1997. Die beste aller möglichen Welten, Allen Ruppersberg Foto: Wilhelm Grünberg

Die beste aller möglichen Welten? – In Münster müssen ca. 10.000 Menschen ihr Dasein von Sozialhilfe fristen. Das Arbeitsamt Münster hatte im Juli d. J. 10.966 Arbeitslose in seiner Kartei. Macht allein in unserer Stadt 20.000 Gegenargumente; nicht gezählt die Obdachlosen, AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge.

Weshalb kam dem Künstler eigentlich nicht die Idee, diesen Ausspruch des Philosophen Gottfried Wilhelm Freiherr von Leibniz auf der anderen Seite des Reklameschildes mit der besten aller möglichen Antworten zu konfrontieren?

Diese stammt von Karl Marx: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern."

Vielleicht deshalb, weil bereits ein einziger großer Denker am Laternenpfahl mehr als ausreicht, um zu zeigen, daß es mit dieser Welt nicht zum besten stehen kann. *uwi*

Lebensversicherung von Arbeitslosen in Gefahr

Eine zur Altersicherung abgeschlossene Lebensversicherung darf bei der Berechnung der Arbeitslosenhilfe nicht als Vermögen bewertet werden. Selbst dann nicht, wenn sie erheblich vor dem Rentenalter fällig wird. Dies hat das Bundessozialgericht am 11. Juni dieses Jahres so entschieden.

Ganz anders sieht man das bei der Bundesanstalt für Arbeit. Hier sollen zunächst nur die Lebensversicherungen geschützt bleiben, die im Alter von sechzig Jahren oder später ausgezahlt werden. Bei Leuten, deren Versicherungen bis Mitte Fünfzig fällig werden, unterstellen die Nürnberger Beamten, daß sie sich dann mit den ausgezahlten Summen erst mal ein schönes Leben machen wollen.

Die Richter beim Bundessozialgericht gehen jedoch auch in diesen Fällen davon aus, daß die Versicherungssumme für eine Altersicherung angelegt wird.

Da noch zwei weitere Urteile zu diesem Thema in Kürze ergehen sollen, will das Arbeitsamt sich endgültig erst im Herbst dieses Jahres festlegen.

Allen Betroffenen bleibt bis dahin nur eins übrig: Widerspruch und Klage einlegen! *noa*

Arbeitslosenhilfe und Vermögen

Prüfung bei Verdacht

Wenn beim Antrag auf Arbeitslosenhilfe die Angaben zum Vermögen widersprüchlich sind, wird vom Arbeitsamt eine Prüfung eingeleitet.

Widersprüchlich ist beispielsweise, wenn jemand eine hohe Abfindungssumme erhalten hat, aber im Zusatzblatt „Bedürftigkeitsprüfung" ohne schlüssige Erklärung angibt, keinerlei Vermögen zu haben.

Gleiches gilt auch, wenn dem Arbeitsamt ein besonders aufwendiger Lebensstil oder größere Anschaffungen bekannt werden. Wer also im Porsche vorfährt und mit seiner Rolex wedelt, darf sich nicht über eine Vermögensprüfung wundern.

Innerhalb dieses Verfahrens überprüft das Arbeitsamt die Anzahl der Freistellungsaufträge beim Bundesamt für Finanzen. Dann fordert es den Arbeitslosen auf, die entsprechenden Banken, Konten und Guthaben zu benennen. Hat das Arbeitsamt noch immer Zweifel an der Richtigkeit der Angaben, wendet es sich direkt an die Geldinstitute und holt Auskünfte ein über Art und Umfang des Guthabens. *noa*

Süddeutsche Zeitung
Täglich!
Wirkt ungemein belebend.

Kirsten Faust

„Es geht um Menschen. Man muß Schutz gewähren!"

Die *SPERRE* sprach mit der Diplom-Sozialarbeiterin Elke Pieck und der Diplom-Pädagogin Kirsten Faust von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) über die Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes und das Arbeitsverbot für Asylsuchende, Bürgerkriegsflüchtlinge und geduldete Ausländer.

Interview:
Norbert Attermeyer,
Uwe Wiedenstried
Fotos:
Dirk Nothnagel

Ab dem 1. Juni ist das 1. Änderungsgesetz zum Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Können Sie uns die wesentlichen Änderungen gegenüber der alten Fassung nennen?

Pieck: Die wesentliche Änderung gegenüber dem alten Asylbewerberleistungsgesetz besteht in der Ausweitung des Personenkreises.

Von nun an bekommen nicht mehr nur Menschen, die in einem Asylverfahren stecken, 20 Prozent weniger als deutsche Sozialhilfeempfänger, sondern auch alle geduldeten Ausländer und Bürgerkriegsflüchtlinge, die eine Aufenthaltsbefugnis haben. Außerdem gelten die Kürzungen nicht wie bisher für ein Jahr, sondern für drei Jahre.

Faust: Ein entscheidender Punkt ist auch, daß von der Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes auch Asylbewerber betroffen sind, die schon länger als ein Jahr hier sind und bereits Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) beziehen. Selbst ihnen wird der Lebensunterhalt ab dem 1. Juni '97 für drei Jahre gekürzt.

Mit welcher Begründung werden eigentlich geduldete Ausländer und Bürgerkriegsflüchtlinge mit in die Verschlechterungen einbezogen?
Für die galt doch vorher das BSHG?

Pieck: Natürlich wegen der Einsparungen in der Sozialhilfe.

Die Ausgaben sind den Kommunen zu hoch.

Faust: In Münster werden die Einsparungen auf etwa 600.000 DM pro Jahr geschätzt, bundesweit auf ca. 500 Millionen, also vergleichsweise geringe Summen.

Pieck: So soll ein zusätzlicher „Anreiz" geschaffen werden, in die Heimatländer zurückzukehren bzw. gar nicht erst hierher zu kommen.

Wieviele Menschen sind davon betroffen?

Faust: In Münster kommen 1.033 Menschen dazu.

Den größten Anteil – etwa 400 Personen – machen dabei Menschen aus, die in einem Asylverfahren stecken.

Die Betroffenen bekommen für einen Zeitraum von drei Jahren 20 % weniger als Sozialhilfeempfänger. Wieviel bekommen sie konkret in Geld- und Sachleistungen?

Pieck: Sachleistungen gibt es in Münster nicht. Ein Asylbewerber erhält 440 DM im Monat. Zum Vergleich: Ein Sozialhilfeempfänger (Haushaltsvorstand) bezieht 531 DM.

Bisher galt doch in der Regel das Sachleistungsprinzip. Nach der neuen Regelung müssen die Gemeinden außerhalb von Einrichtungen lebenden Asylbewerbern nicht mehr zwingend Sachleistungen gewähren, sondern können auch Geld auszahlen. Was versprechen sich die Kommunen davon?

Pieck: Sachleistungen – z. B. Essenspakete, die die Gemeinden von privaten Lieferanten kaufen mußten - erwiesen sich im Endeffekt teurer als Geldleistungen. Außerdem ist der Verwaltungsaufwand zu hoch.

Haben die Betroffenen nicht auch etwas davon? Sachleistungen und Wertgutscheine hat doch bisher auch die GGUA immer als diskriminierend bezeichnet.

Pieck: Ja, das ist ein klarer Vorteil, sofern die Gemeinden von dieser Regelung Gebrauch machen.

Elke Pieck

Faust: Allerdings überwiegen ansonsten die Nachteile. Das Sozialamt hat beispielsweise Bescheide verschickt, nach denen ab dem 1. Juni das Pflegegeld für betroffene Asylbewerber gestrichen wird.

Die Betroffenen können jetzt zwar nach §6 „Sonstige Leistungen" das Pflegegeld wieder beantragen, müssen aber im Gegensatz zu vorher in jedem Einzelfall konkret nachweisen, daß dieser Mehrbedarf besteht.

Pieck: Ein Nachteil ist auch, daß im Gegensatz zur alten Regelung jetzt die Bekleidungsbeihilfe im Regelsatz für Asylbewerber enthalten ist.

Die Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes war ja mit anderen Gesetzen zu einem Paket geschnürt. – Die originäre Arbeitslosenhilfe wird nicht gestrichen. Die Länder müssen sich nicht mehr an der Finanzierung der Freifahrten von Schwerbehinderten im Nahverkehr beteiligen und sollen in einen Aufbaufonds für Instandsetzung und Neubau von Wohnungen in Bosnien-Herzegowina 150 Mio. jährlich für einen Zeitraum von fünf Jahren zahlen. Sind das nicht auch Vorteile?

Faust: Mit anderen Worten: Ich muß nur genügend negative Forderungen aneinanderkoppeln. Kürzungen bei Asylbewerbern lassen sich nicht deshalb als Gewinn verkaufen, weil man dafür bei den anderen Forderungen nachgegeben hat. Inhaltlich gibt es überhaupt keinen Zusammenhang zwischen den einzelnen Punkten des Gesetzespaketes.

Welche politischen Absichten stecken hinter der Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes?

Faust: Abschreckung ist nach wie vor ein zentraler Begriff. 1990 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung verfügt, daß die Unterbringung von Asylbewerbern möglichst abschreckend gestaltet sein soll. Man will die Menschen dazu bewegen, möglichst schnell zurückzukehren bzw. gar nicht erst hierher zu flüchten. In dieser Tradition steht auch die Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Nicht: Not schiebt, sondern, unser Wohlstand zieht. Das ist die Vorstellung, die dahinter steckt. Es wird davon ausgegangen, daß es sich in Deutschland wunderbar leben läßt, und daß dies die Motivation der Asylbewerber ist. Die Not der Menschen wird nicht gesehen.

Der Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat hat in seinem Kompromißvorschlag den Bosnienfonds als „politisch und humanitär sinnvoll" bezeichnet und hält ihn „darüber hinaus geeignet, die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge zu fördern, was wiederum zu finanziellen Einsparungen führt". Geht diese Rechnung auf?

Faust: Einige Bundesländer haben bereits nein zum Bosnienfonds gesagt. Der Bosnienfonds hat keine Gesetzeskraft. Der Bund hat den Ländern nur nahegelegt, einen solchen Fonds einzurichten.

Was haben eigentlich Bosnienfonds und Asylbewerberleistungsgesetz miteinander zu tun?

Man kann Menschen nicht mit 440 DM im Monat und damit unter dem Existenzminimum abspeisen.

Außerdem sind alle Asylbewerber, geduldeten Ausländer und Bürgerkriegsflüchtlinge hier von den Kürzungen betroffen, ob sie nun aus Bosnien kommen oder nicht.

Entpuppt sich das neue Asylbewerberleistungsgesetz damit nicht als „menschenfeindlicher Kuhhandel"?

Pieck: Ganz sicher.

Was geht es eigentlich einen deutschen Sozialhilfeempfänger an, wenn Asylbewerbern, geduldeten Ausländern und Bürgerkriegsflüchtlingen der Lebensunterhalt gekürzt wird?

Pieck: Viel. Damit wird nämlich eine große Gruppe aus dem Bundessozialhilfegesetz herausgenommen und so mit einem Sondergesetz ein neues, tiefergelegtes Existenzminimum geschaffen. Das Beispiel Asylbewerber zeigt, daß sich dieser Bereich bei Bedarf weiter ausdehnen läßt. Als nächstes sind vielleicht die „arbeitsunwilligen" Sozialhilfeempfänger und Obdachlosen dran.

Faust: Hier wird eine Gruppe gegen die andere ausgespielt. Die Gruppe ohne Lobby steht am schlechtesten da.

Halten Sie das neue Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungskonform?

Faust: Niemals. Schon das alte war es nicht. Ein klarer Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Pro Asyl hat die Neufassung als „rassistisch geprägtes Sondergesetz" bezeichnet.

Faust: Das ist richtig und gilt nicht nur für die Neufassung. Für das alte Asylbewerberleistungsgesetz trifft das auch schon zu. Die Bundesregierung hatte ursprünglich sogar ein „Ausländerleistungsgesetz" geplant. Dieses Vorhaben scheiterte an der SPD, und man einigte sich auf ein „Asylbewerberleistungsgesetz". Jetzt gibt es eine Neufassung, in der Dauer und Personenkreis des Gesetzes erweitert werden. Diesmal mit Zustimmung der SPD.

Wie kann man sich wehren? Was tut die GGUA?

Faust: Wir gehen zur Zeit mit den Flüchtlingen hauptsächlich durch, wie und wo sie ganz konkret Mehrbedarf nach dem bereits genannten Paragraphen 6 „Sonstige Leistungen" beantragen können, um ihre Lebenssituation zu verbessern.

Pieck: Wir versuchen natürlich weiter, in jedem Einzelfall zu helfen. Ansonsten versuchen wir durch Öffentlichkeitsarbeit – z. B. Interviews in der *SPERRE* – gegenzusteuern.

Hier wird eine Gruppe gegen die andere ausgespielt.

Hier wird eine ganz besonders benachteiligte Gruppe in der Gesellschaft geschaffen.

Wenn die GGUA den Inhalt des Asylbewerberleistungsgesetzes bestimmen könnte, wie würde es aussehen?

Faust: Dann gäbe es keins.

Das Bundessozialhilfegesetz gilt. Daran gibt es zwar auch genug zu kritisieren, aber es gibt keinen Grund, warum Menschen aus dem BSHG herausdefiniert werden sollten.

Die Höhe des Existenzminimums kann man nicht von der Nationalität abhängig machen.

Der innenpolitische Sprecher der Union, Erwin Marschewski, hat Ende April vorgeschlagen, das Individualrecht auf Asyl abzuschaffen und in eine nur „institutionelle Garantie" umzuwandeln. (Bei einer bloßen institutionellen Garantie kann der Gesetzgeber Flüchtlingen Asyl gewähren, ist aber völlig frei in der Ausgestaltung.) Außerdem will Marschewski den Familiennachzug und den Aussiedlerzuzug einschränken. Was ist von solchen Vorschlägen zu halten?

Faust: Mit solchen Auffassungen steht er sicher nicht allein. Hier wird eine sehr gefährliche Tendenz deutlich. Muß man wirklich an die historischen Ursachen erinnern, warum ein Individualrecht auf Asyl ins Grundgesetz geschrieben wurde? Eine bloße institutionelle Garantie macht das Asylrecht zur Farce. Individualrecht heißt: Egal, aus welchen Gründen ein Mensch aus seiner Heimat fliehen muß, er kann hierherkommen und Schutz suchen. Die Entscheidung darüber, ob er hierbleiben darf, muß hier im Lande fallen und nicht an der Grenze. Diese Praxis führt das Grundgesetz ad absurdum.

Das Bundesarbeitsministerium hat die Arbeitsämter am 6. Juni angewiesen, albanischen Bürgerkriegsflüchtlingen sowie allen Asylantragstellern und geduldeten Ausländern, die nach dem 15. Mai 97 eingereist sind, keine Arbeitserlaubnis mehr zu erteilen. Wie schätzen Sie diesen Erlaß ein?

Faust: Das Bundesarbeitsministerium begründet diesen Erlaß mit der extrem hohen Arbeitslosigkeit und hält es „deshalb für vertretbar, ohne Prüfung des Einzelfalls generell davon auszugehen, daß bevorrechtigte Arbeitssuchende für eine Vermittlung zur Verfügung stehen".

Pieck: Asylbewerber sollen in der Ausgestaltung ihres Lebens möglichst eingeschränkt werden. Hier wird eine ganz besonders benachteiligte Gruppe in der Gesellschaft geschaffen, die unterhalb des Existenzminimums leben muß und der alle Chancen verbaut werden, da jemals wieder herauszukommen.

Die Menschen haben keine Wahl. Sie werden hierherkommen.

Haben Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge bisher deutschen Arbeitswilligen die Arbeit weggenommen?

Pieck: Wenn überhaupt, gibt es für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge nur Aushilfstätigkeiten, zeitlich begrenzte oder unqualifizierte Jobs. Qualifizierte Arbeit gibt es für diese Gruppe so gut wie nicht.

Es galt bisher schon immer das sogenannte Vorrangsprinzip. Asylbewerber bekamen ohnehin nur Arbeit angeboten, wenn sich dafür kein deutscher oder EU-Bewerber fand.

Der neue Erlaß trägt dazu bei, Ängste zu schüren vor einer neuen „Flut" von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Albanien.

Die Innenministerkonferenz hat beschlossen, vorerst keine bosnischen Kriegsflüchtlinge in den serbischen Teil Bosniens mehr abzuschieben? Kann man mit dieser Entscheidung zufrieden sein? Welche Probleme gibt es für Rückkehrende in diese Gebiete?

Pieck: Die meisten bosnischen Flüchtlinge berichten, ihr Haus sei zerstört oder von Binnenflüchtlingen besetzt. Sie wissen weder, wo sie hingehen, noch, wo sie arbeiten sollen. Sie werden zurückgehen, sobald sie eine Perspektive sehen. Die muß man ihnen schaffen.

Faust: Die Situation in diesen Gebieten ist dramatisch. Ganze Landschaftszüge sind komplett vermint. Selbst unter den Türschwellen von verlassenen Häusern werden Minen gefunden. Rückkehrende Flüchtlinge sind extrem gefährdet, da sie sich mit den Warnhinweisen nicht auskennen. Es wird Jahre dauern, bis diese Gebiete wieder bewohnbar sind. Es ist absurd: Die gleichen Firmen, die die Minen geliefert haben, werden jetzt mit dem Wegräumen beauftragt, weil sie sich am besten damit auskennen. So verdienen Rüstungsfirmen – übrigens auch deutsche – doppelt am Krieg. Vor diesem Hintergrund muß man sich mal überlegen, wie fadenscheinig die Argumentation ist, bei Asylbewerbern zu kürzen, um Wiederaufbauarbeit in Bosnien leisten zu können.

amnesty international (ai) hat in seinem Jahresbericht für 1996 den reichen Staaten vorgeworfen, immer weniger bereit zu sein, Menschen auf der Flucht Asyl zu gewähren. Als Beispiel dafür, wie sich diese Staaten „ihrer Verpflichtungen entledigen", nennt ai ausdrücklich das verschärfte deutsche Asylrecht. Andererseits hat Deutschland mehr Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen als jedes andere europäische Land.
Ist die Kritik von ai trotzdem berechtigt?

Pieck: Ja. Deutschland hat mit seiner verschärften Gesetzgebung eine führende Rolle. Die anderen europäischen Länder ziehen nach. Diese Länder haben auch Asylbewerber und Flüchtlinge aufgenommen. Man muß das immer im Verhältnis zur Bevölkerungszahl eines Landes betrachten. Aber unabhängig von den Zahlen: Es geht um Menschen. Man muß Schutz gewähren!

Der EU-Gipfel in Amsterdam hat beschlossen, nach einer Frist von fünf Jahren zu bestimmten Mindestnormen in der Asyl-, Flüchtlings-, Visa- und Einwanderungspolitik kommen. Kohl will aber keine Mehrheitsentscheidungen in diesem Bereich zulassen und beharrt auf dem Vetorecht der Einzelstaaten. Wie schätzen Sie die deutsche Haltung ein? Welche Mindestnormen halten Sie für unabdingbar?

Pieck: Zur ersten Frage: Deutschland will sich in seine restriktive Asylpolitik von niemandem reinreden lassen.

Zu den Mindestnormen: Erstens, eine den Fluchtursachen gerecht werdende Asylpolitik und zweitens, ein Einwanderungsgesetz.

Faust: Allerdings würde ein Einwanderungsgesetz das Problem nur entzerren. Ein Einwanderungsgesetz kann das Asylproblem nicht lösen. Das Asylrecht muß fortbestehen. Es darf keine Quote geben, auf die die Flüchtlinge angerechnet werden. Wenn irgendwo ein Bürgerkrieg ausbricht, wie in Albanien, dann kann man nicht sagen: Quote voll, tut uns leid!

Zur Visa-Politik kann ich nur sagen: Weg damit! Menschen aus 130 Staaten brauchen ein Visum, um nach Deutschland einreisen zu können. Ein Visum gibt es auf gar keinen Fall, wenn auch nur der leiseste Verdacht besteht, der Einreisende wolle dann Asyl beantragen.

Pieck: Daran sieht man auch: Das Schlepper-Problem ist hausgemacht.

Faust: Was immer – auch in Amsterdam – außer acht blieb und bleibt, ist die Verantwortung, der globale Aspekt. Die Probleme, die Menschen dazu drängen, aus ihren Ländern zu fliehen, werden größtenteils in den reichen Ländern verursacht.

Sie werden zurückgehen, sobald sie eine Perspektive sehen.

Pieck: Geschlechtsspezifische Fluchtursachen (z. B. Vergewaltigung), Bürgerkrieg oder Folter müssen wieder asylrelevant werden.

Verkommt das Asylrecht weltweit, wie ai behauptet?

Pieck: Wenn die Tendenz stärker in Richtung sozialer Kälte geht, werden Asylsuchende darunter zu leiden haben.

Faust: Die Konflikte verschärfen sich. Die Not steigt. Das verstärkt die Fluchtursachen.

Die Menschen haben keine Wahl. Sie werden hierher kommen.

Frau Pieck, Frau Faust, wir bedanken uns für das Gespräch.

Achtzehn Jahre Flüchtlingsarbeit in Münster

Schutzraum mit vier Buchstaben?

Georg Eickel arbeitet als Jurist für die GGUA. Foto: *Busch*

GGUA – Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.

Mit einer großen Fete in der Aula der katholischen Studentengemeinde wurde am 6. Juni der Geburtstag gefeiert. 1979 gründete sich die GGUA als unabhängige Flüchtlingsinitiative und Anlaufstelle für die in Münster lebenden Flüchtlinge. Ihr Zuhause hat sie in der Grevener Straße 89 gefunden – im Haus des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dessen Mitglied sie ist. Mittlerweile zählt der Verein rund 100 Mitglieder.

Flüchtlingsarbeit auf allen Ebenen

Im Mittelpunkt der Arbeit steht der einzelne Mensch mit seinen Interessen und Bedürfnissen. Ihm soll geholfen werden. Allerdings zeigt die herrschende Asyl- und AusländerInnenpolitik den MitarbeiterInnen oft die Grenzen der Einzelfallhilfe auf. Um die Strukturen zugunsten von Flüchtlingen zu ändern, engagiert sich die GGUA deshalb auch in Politik und Gesellschaft.

Konkret bedeutet Einzelfallhilfe, die Flüchtlinge hinsichtlich ihrer Rechte zu beraten, ihnen Bescheide der Behörden zu erklären und ihre Anliegen, wie z. B. heiraten zu dürfen, wahrzunehmen. Zudem begleiten MitarbeiterInnen sie zu Ausländerbehörden, RechtsanwältInnen, etc., damit die Flüchtlinge sicher sein können, daß ihre Interessen angemessen vertreten werden. Über die Jahre führte die GGUA mehr als 10.000 Beratungen durch, was zeigt, wie wichtig ihre Arbeit ist.

Mit offenen Treffs wie der Teestube und dem Deutsch-Konversationskurs versucht die GGUA, das Kennenlernen zwischen Deutschen und Flüchtlingen zu ermöglichen und zu fördern. So soll die Isolation der Flüchtlinge aufgebrochen werden und sie die Chance bekommen, deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben. Innerhalb der 18 Jahre fanden über 500 Begegnungsabende und Feste statt.

Weil Flüchtlinge häufig mit Vorurteilen belegt werden, versuchen die MitarbeiterInnen durch Leserbriefe, Ausstellungen, Radiobeiträge oder Informationsveranstaltungen dem entgegenzuwirken. Flüchtlingsarbeit ohne Öffentlichkeitsarbeit ist für die GGUA undenkbar.

United Colours of GGUA

Den typischen Flüchtling gibt es ohnehin nicht. Die KlientInnen der GGUA stammen aus allen möglichen Ländern. Besonders viele kommen zur Zeit aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Afghanistan, dem Iran, der Türkei, Zaire und Algerien. Ebenso unterscheiden sich die Ratsuchenden aufgrund ihres aufenthaltsrechtlichen Status: Oft handelt es sich um Flüchtlinge im Asylverfahren, mit Aufenthaltsbefugnissen, mit Duldungen oder mit kurzfristigen Aufenthaltspapieren.

Diese bunte Mischung der Flüchtlinge macht die Arbeit für die MitarbeiterInnen zwar nicht leichter, dafür aber interessanter.

Viel Arbeit – viele MitarbeiterInnen?

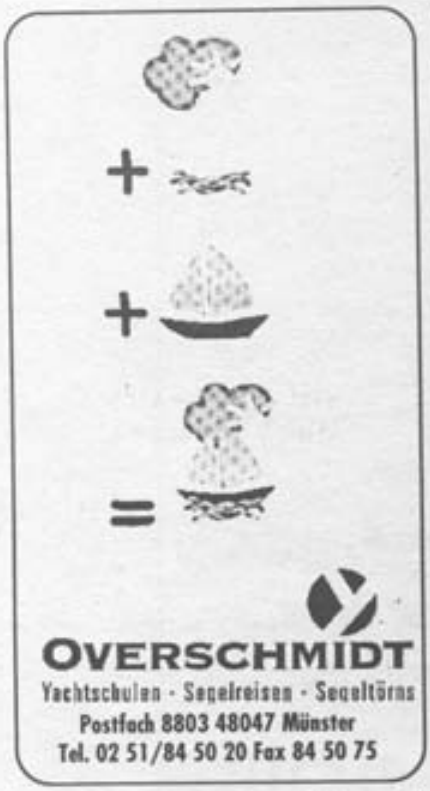
Wer sind eigentlich die MitarbeiterInnen der GGUA? Kirsten Faust ist Pädagogin, Elke Pieck Sozialarbeiterin und Georg Eickel Jurist. Sie kümmern sich hauptamtlich um die vielfältigen Aufgaben. Ehrenamtliche MitarbeiterInnen und PraktikantInnen unterstützen das Team hierbei. Es werden allerdings „ständig neue Ehrenamtler gesucht", betont Elke Pieck, besonders welche „mit Fremdsprachenkenntnissen, die dolmetschen können". Weiterhin werden für den Deutsch-Konversationskurs noch DeutschlehrerInnen benötigt.

Auch mit achtzehn ist die GGUA noch nicht ausgewachsen. Am 1. August geht das Projekt „Verfahrensinformation", das unter der Trägerschaft der GGUA steht, in eine neue Phase. Von ihrem Büro in der Herwathstraße 2 bietet Anna Laumeier auch Beratungsmöglichkeiten im Warteraum der Ausländerbehörde an.

Es ist zwar schade, daß die Flüchtlinge in unserem Land Vereine wie die GGUA brauchen. Andererseits ist es erfreulich, die GGUA zu haben, die sich über einen so langen Zeitraum kontinuierlich für die Flüchtlinge engagiert hat und ihre Arbeit hoffentlich noch lange fortsetzt. *cb*

GGUA e.V.
Grevener Str. 89
48158 Münster
Tel.: (0251) 92 51 66
Fax: (0251) 92 51 38

Beratung
Mo. 14-17 Uhr
Do. 09-12 Uhr
15-18 Uhr
Di., Mi., Fr. 09-12 Uhr
Teestube
Do. 18 Uhr
Deutsch-Konversationskurs
Di. 16 Uhr



Frische Brise für den MÜNSTER-PASS: Peter Overschmidt, Maria Hamers (SPERRE). Foto: *Milne*

Die Segelschule Overschmidt will den MÜNSTER-PASS anerkennen

Noch hat der Ermäßigungsausweis für Geringverdienende – MÜNSTER-PASS – nicht den offiziellen Segen der Stadt. Sie und einige Institutionen dämmern weiter im Schlaf der (un)entschiedenen Hinhaltung. Der VORLÄUFIGE MÜNSTER-PASS, herausgegeben von Arbeitslosen-initiativen, wird zunehmend beliebter. Nach über 10 Jahren Anlaß zur Nachfrage im Kreise derer, die den Ausweis für vergünstigte Angebote akzeptieren. Diesmal sprach die *SPERRE* mit Peter Overschmidt, dem Leiter der gleichnamigen Segelschule am Aasee.

Was wird hier in Münster angeboten?

Overschmidt: Wir verstehen uns als reine Yachtschule und sind kein zusätzlicher Club mit Mitgliedern. Unser Angebot erstreckt sich auf

- Segelkurse und -scheine
- Motorbootkurse und -scheine
- Kindersegelkurse (Feriensegelkurse für Kinder)
- Verleih von Tret-, Paddel- und Segelbooten
- Segeltörns und -schulung in verschiedenen europäischen Ländern.

In Münster haben wir fünf festangestellte Segellehrer und speziell geschulte Saisonkräfte. Segeln ist grundsätzlich ab sechs Jahren (in Optimist-Booten) möglich.

Was gibt es generell für Ermäßigungen?

Overschmidt: Wir haben seit 15 Jahren Kontakt mit dem Hochschulsport. Für die Fachhochschulen organisieren wir Segelkurse und führen sie durch. In diesem Bereich bieten wir eine Preisreduktion an. Schülerermäßigung geben wir nicht, aber es gibt Segelkurse, die in Verbindung mit Schulen angeboten werden.

Welche Rolle könnte die Yachtschule Overschmidt für den MÜNSTER-PASS spielen?

Overschmidt: Wir haben hier in Münster viele geringverdienende Familien. Hier wäre es sicherlich möglich, Ermäßigung zu geben; besonders in bezug auf die Ferien-Segelkurse. Ich habe das auch in der Vergangenheit schon gemacht.
Außerdem könnte ich mir vorstellen, Grundkurse zu stark reduzierten Gebühren anzubieten. Im Vorfeld wird ein kostenloser Schnuppersegelnachmittag am Aasee stattfinden, vorgesehen ist dafür der Mai '98. Und wenn es dann genug Interessierte gibt, also ein Potential da ist, steht dem Angebot nichts entgegen. Die genauen Termine werden rechtzeitig bekanntgemacht.
Wir sind gerne bereit, Arbeitslosen und Geringverdienenden diese Ermäßigung bei Vorlage des MÜNSTER-PASSES zu gewähren.

Herr Overschmidt, wir danken für das Gespräch.

Die Yachtschule Overschmidt besteht seit 1949 und wurde von Heinz Overschmidt ins Leben gerufen. Von Münster als Keimzelle reichen die „Tochterzellen" von Yachtschulen und Wassersportzentren über Hannover und Berlin bis hin z. B. nach Mallorca, Gran Canaria, Griechenland und der Türkei.

Foto: *Wiedenstried*

Andrea Milne

hat im Rahmen eines Qualifizierungsprojektes der Volkshochschule von Anfang Juni bis Anfang Juli ein Praktikum in der *SPERRE* gemacht.

Andrea hat während dieser fünf Wochen tatkräftig im Arbeitslosenzentrum, an der Organisation der Euro-Märsche und in der Redaktion mitgearbeitet.

Vielen Dank für Deine Hilfe und alles Gute für die Zukunft.

Das SPERRE-Team

Sozialabbau mit Sahnehäubchen

Das niederländische Poldermodell – Jobwunder oder kreative Buchführung?

„Land unter" – die Jahrhundertflut verwandelt die bisher vergebens ihrer Blütezeit harrenden Landschaften an der Oder in ein totes Binnenmeer. Die Menschen dort sind Kummer gewohnt, stehen sie doch seit sieben Jahren im Dauerregen. Der Arbeitslosenpegel in den neuen Bundesländern liegt wesentlich höher als der im Westen. In Sachsen-Anhalt erreichen die Wogen schon die Rekordmarke von mehr als zwanzig Prozent über Normalnull. Deutschland versinkt, denn der *Blanke Hans* mit Namen Arbeitslosigkeit droht, alles unter seinem grauen Leichentuch zu ersäufen: den Sozialstaat, die Demokratie und das Recht. Vielleicht hätte unser oberster Deichgraf jemanden fragen sollen, der etwas davon versteht. Unsere niederländischen Nachbarn zum Beispiel. Die bändigen seit Jahrhunderten gewaltige Wassermassen. Sie trotzen der Nordsee sogar neues, fruchtbares Marschland durch Eindeichung ab. Die so gewonnenen neuen Wiesen und Äcker heißen Polder. Poldermodell tauften sie deshalb auch den Umbau ihres Sozialstaates, der in den letzten zehn Jahren 850.000 neue Arbeitsplätze geschaffen haben soll. Halten die niederländischen Deiche, was sie versprechen?

Die Bilanz unseres Nachbarlandes kann sich sehen lassen: Die Arbeitslosenquote sank zwischen 1982 und 1996 von knapp 12 % auf 6 %. Arbeitslosigkeit halbiert, heißt schon jetzt die Erfolgsmeldung der Niederländer.

Kohl will ja erst in der Neujahrsansprache zum Jahrtausendwechsel sein perplexes Volk damit überraschen. Vorausgesetzt, unser Grökaz, der größte Kanzler aller Zeiten, ist dann noch im Amt und seine geheimen Wunderwaffen gegen den Stellenschwund kommen noch rechtzeitig zum Einsatz.

Die Zahl der ArbeitnehmerInnen stieg in den Niederlanden in der gleichen Zeit sogar um 18 %. Die Staatsausgaben sanken um 12 %. In der Hitliste der wettbewerbsfähigen Länder, dem *„World Competitiveness Report"*, stiegen die Niederlande 1996 von Platz acht auf Platz sieben. Deutschland fiel von Platz sechs auf Platz zehn.

Für den Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer sind die Niederlande damit *„der Primus, der allen voraus ist"*. Und das wirtschaftsnahe Rotterdamer *NRC Handelsblad* pflichtet ihm bei: *„Die Niederlande sind inzwischen sogar ein Vorbild für Bundeskanzler Kohl."* Die deutsche Presse vom SPIEGEL (21.04.97) bis zur Münsterschen Zeitung (08.07.97) gießt noch mehr Wasser auf diese Gebetsmühle und stimmt in die Lobeshymnen ein. Könnte das Poldermodell *„beispielhaft für eine neue Form der sozialen Marktwirtschaft sein"* (MZ)?

Traue nie der Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast. Jost van Iersen von der niederländischen Industrie- und Handelskammer erklärte der Wochenzeitschrift „DIE ZEIT" (30.05.97) süffisant: *„Die Realität ist immer eine Frage der Definition."*

Für die einen ist das niederländische Jobwunder ein Beweis für den Erfolg neoliberaler Wirtschaftspolitik und eines funktionierenden Bündnisses für Arbeit.

Für die anderen ist das die Realität: Die Zahlen beschönigen die Wirklichkeit. Die Niederländer haben ihre Bücher frisiert.

Akkord Arbeit

Am 26. Mai hatten der DGB Münster und das Zentrum für Niederlande-Studien zu einer Veranstaltung geladen unter dem Titel *„Das Holländische Arbeitsmarkt-Modell – ein Modell für uns?"*. Bert Tigchelaar, ein bekannter niederländischer Fernsehjournalist, übersetzte das Wort Poldermodell ins Deutsche: *„Poldermodell heißt nichts anderes als Bündnis für Arbeit."*

Für ihn beruht der Erfolg des Poldermodells vor allem auf einer für die Niederlande typischen Diskussions- und Konsenskultur, an der es den Deutschen mangele. Arbeitgeber, Staat und Gewerkschaften pflegten den Dialog in ständigen Tischrunden; z. B. in der *„Stichting van de Arbeid"* und dem *„Sociaal Economische Raad"*.

1982 verständigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf den *„Akkord van Wassenaar"*. In dieser Übereinkunft sprechen sie sich gegenseitig das Vertrauen aus. Die Gewerkschaften verpflichteten sich zu einer moderaten Lohnpolitik, die Arbeitgeber zu Arbeitszeitverkürzungen und Neueinstellungen. Die Regierung sollte diesen Akkord mit einschneidenden Strukturreformen flankieren und die Steuern senken. Die Zahlen schienen einen solchen historischen Händeschlag zu rechtfertigen:

Das Staatsdefizit lag bei 6 %, die Zinsen bei 12,8%. Die Niederlande hatten die höchsten Lohnnebenkosten in Europa. Der Spitzensatz für Lohn- und Einkommenssteuer betrug 72 %. Allein zwischen 1981 und 1983 sank die Beschäftigung um 5,8 %. Jeder achte Niederländer bezog eine Invalidenrente, viele von ihnen hatten nur kurz oder nie im Arbeitsleben gestanden. 1983 lebten mehr als eine Million Menschen unter 65 Jahren von Sozialunterstützung, bei 4,6 Millionen Beschäftigten.

Niederlandens konservativer Premier Ruud Lubbers schleuste das soziale Hochwasser herunter. Die internationalen Presse verpaßte ihm dafür einen neuen Namen: *Ruud Shock*. Seine Schocktherapie bekam allerdings nur die Masse der kleinen Fische zu spüren, denn nur sie mußte dabei Schuppen lassen.

Ohne Steuerschraube in die Karibik

Die niederländische Regierung reduzierte zahlreiche Sozialleistungen von 80 % auf 70 % des letzten Lohnes. Sie kürzte die Beamtenbezüge um 3 % und fror alle Sozialleistungen, den Mindestlohn und die Gehälter im öffentlichen Dienst für zehn Jahre ein. Die Sparpolitik mündete 1990 in einer Steuerreform, die vor allem Unternehmen und Besserverdienenden Erleichterungen verschaffte. Die Regierung senkte die Körperschaftssteuer von 48 % auf 35 %.

Für die Lohn- und Einkommenssteuer führte sie ein Drei-Stufen-System ein. In der untersten Stufe – bis 43.325 Gulden – sind die Sozialversicherungsprämien integriert. Der Steuersatz beträgt hier 37,3 %. Darüberhinausgehende Einkommen werden mit 50 %, alle Einkommen über 96.176 Gulden mit 60 % besteuert. Der Spitzensteuersatz sank also um ganze 12 % (vorher 72 %).

Die Regierung senkte zwar auch die Mehrwertsteuer von 20 % auf 17,5 %, um die Kaufkraft zu entlasten, bat aber die Masse der „kleinen Leute" wieder über eine *„Regulierende Energiesteuer"* zur Kasse. Privatpersonen und kleine Unternehmen zahlen deutlich mehr Steuern auf Strom und Erdgas als im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen.

Der seit 1994 amtierende sozialdemokratische Premierminister Wim Kok senkte die Abgaben für Unternehmen weiter. Die Gewerbesteuer ist abgeschafft. Finanzierungsgesellschaften können 80 % der Gewinne den Rücklagen zuweisen. Unternehmer, die alle Möglichkeiten ausschöpfen, genießen rund ums Ijsselmeer das Flair karibischer Steuerparadiese. Sie zahlen nur noch 7 % Steuern auf ihre Gewinne.

Faustrecht des Polders

Die Polderfürsten aus den Vorstandsetagen lassen sich einen Freibrief nach dem anderen ausstellen. In dem von Unternehmenssteuern trockengelegten Land herrscht das Faustrecht des Polders. Der Staat zieht vier Finger seiner ordnenden Hand zurück. Mit dem Daumen übt er wie eh und je Druck auf das gemeine Fußvolk aus. Freiheit ist eben immer Freiheit des Besserverdienenden.

Ein Gesetz zur Unternehmensgründung senkte die Zahl der Genehmigungsverfahren von 90 auf nur acht. Das neue Ladenschlußgesetz erlaubt es den VerkäuferInnen, sich bis 22 Uhr die Beine in den Bauch zu stehen. Polderluft macht frei.

Nach dem *„Arbeitsstundengesetz"* von 1996 können Arbeitgeber, die Arbeitszeit entsprechend der Auftragslage zwischen fünf und neun Stunden pro Tag festlegen. Sie dürfen ihre Beschäftigten bis zu sechzig Stunden in der Woche arbeiten lassen. Über Zeitarbeitsverträge (10 % der Beschäftigten) können sie Personen auch vorübergehend einstellen. *„Dies verkürzt lange Entlassungsprozeduren"*, schreibt Dr. Gerda Winkler, Wirtschaftsberaterin der Niederländischen Botschaft in der *„Niedersächsischen Wirtschaft" (6/97)*. Arbeitnehmer auf Abruf – so träumt sich VW-Chef Ferdinand Piech seine *„atmende Fabrik"*, in der sich Vater, Mutter, Kind und Kegel den Maschinenlaufzeiten unterzuordnen haben. Profit verpflichtet, heißt die Devise dieses Polderfürstenstaates. Pöbel, beuge dein Haupt. Metallfacharbeiter zu Straßenkehrern, Lehrer zu Hilfspolizisten – die neue Ständeordnung zwingt viele zur Annahme jeglicher Arbeit, ohne Rücksicht auf Ausbildung oder Bezahlung. Schulabgänger müssen jede Arbeit akzeptieren, die das Arbeitsamt ihnen zuweist. *„Wer nicht mitmacht, bekommt kein Geld vom Staat"*, schreibt der SPIEGEL.

Doch es gibt noch *law and order* für Arbeitnehmer hinterm Deich: In den Niederlanden gilt ein Mindestlohn von 2163 Gulden im Monat für Alleinstehende. Allerdings dürfen Arbeitgeber diese Verpflichtung für die Dauer von zwei Jahren ignorieren, wenn dem Arbeitnehmer in dieser Zeit besondere Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden.

„C-A-F-F-E-E, trink nicht so viel Kaffee, ..."

Kindermund tut Wahrheit kund. Cappuccino-Prinzip heißt Sozialabbau unterm Sahnehäubchen, nichts anderes. In den Niederlanden beträgt die Basisrente nur noch 70 % des Mindestlohns. Foto: Nothnagel

Cappuccino – Prinzip

Tiefer als der Mindestlohn durfte einst auch die Rente nicht sinken. Jetzt beträgt die Basisrente nur noch 70 % davon. Sie kann sich durch eine tarifvertraglich vereinbarte betriebliche Pensionszahlung erhöhen. In diese fließen allerdings auch Eigenleistungen des Arbeitnehmers ein. Wer mehr möchte, muß eine private Zusatzversicherung abschließen. Damit diesem Gebräu ja kein bitterer Nachgeschmack von Sozialabbau anhaftet, erhält es einen zukkersüßen Namen – *„het cappuccino principe"*: Kaffee – sprich: Basisrente – für alle, das Sahnehäubchen kommt von der Firma, das Kakaopulver muß jeder selbst bezahlen.

Presso!, Presso! gegen Behinderte

Presso, presso ging es auch mit der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall den Bach runter: Bis 1994 erhielten kranke Arbeitnehmer ohne Ausnahme 52 Wochen lang den vollen Lohn. Die Arbeitgeber durften das gezahlte Krankengeld auf den fortzuzahlenden Lohn anrechnen. Ab 1994 reduzierte die Regierung Kok das Krankengeld auf 70 %. Die gesetzliche Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers kürzte sie auf sechs Wochen und gleichfalls auf 70 %. Arbeitgeber mit weniger als 15 Beschäftigten konnten das Krankengeld nach zwei Wochen mit dem Lohn verrechnen, die anderen erst ab sechs Wochen.

Die Regierung hat dieses Krankengeldgesetz zum 1. März 1996 privatisiert. Seitdem gilt: Arbeitgeber haben die Pflicht, ihren kranken Arbeitnehmern wieder für 52 Wochen den Lohn zu zahlen, allerdings nur zu 70 %. Diese Regelung betrifft nur Arbeitnehmer mit einem formellen Arbeitsvertrag. Für Zeitarbeitnehmer, Berufsunfähige, Frauen nach der Geburt des Kindes, schwangere Frauen und wiedereingegliederte Erwerbsunfähige gilt weiterhin die Regelung von 1994. Das sind immerhin 15 % der Erwerbstätigen.

Ziel der Neuregelung vom 1. März 1996 war es, die Kosten den individuellen Arbeitgeber und nicht mehr die Gemeinschaft tragen zu lassen. Nicht mehr die Krankenkassen zahlen, sondern die Arbeitgeber. Diese hätten damit einen Anreiz, für einen niedrigen Krankenstand in ihren Unternehmen zu sorgen. Und wie machen sie das? – Klar: Sie investieren viel Geld, in den Arbeitsschutz, in Unfall-, Lärm- und Schadstoffvermeidung. So mag sich der kleine Wim den großen Kapitalismus vorstellen. Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so. Die Folgen werden eher diese sein: Die Unternehmen werden verstärkt Zeitarbeitskräfte einstellen, die noch unter die alte Krankengeldregelung fallen und obendrein keine *„langen Entlassungsprozeduren"* nach sich ziehen. Behinderte werden noch geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Einstellungen werden strenge Gesundheitsprüfungen vorausgehen. Konflikte über Krankheitsfälle werden nicht mehr zwischen dem Arbeitnehmer und einem öffentlich-rechtlichen Sozialversicherungsträger ausgetragen. Arbeitnehmer und -geber stehen sich künftig Aug' in Aug' gegenüber. – Arbeitsklima im Dauertief. Dem Arbeitnehmer stehen nicht mehr alle Rechtswege offen. Da Krankheit Privatrisiko geworden ist, gilt nicht mehr das Verwaltungs-, sondern das Privatrecht. Arbeitgeber werden sich gegen das Krankheitsrisiko privat rückversichern. Und wenn die Versicherungsunternehmen die Krankheitsdaten jedes Arbeit-

nehmers sehen wollen? Darf der Arbeitgeber die ihm anvertrauten Daten weitergeben oder leitet er zukünftig jedes Vorstellungsgespräch mit dieser Frage ein: *„Wie stehen Sie zum Recht auf Datenschutz?"*

So ganz privatisiert hat die Regierung Kok das Krankheitsrisiko nun auch nicht. Geht ein Unternehmen Konkurs, trägt der Staat die Letztverantwortung für die Einkommenssicherung kranker Arbeitnehmer.

Kreative Buchführung

Dies ist mal wieder das übliche linke Tendenzgeschreibsel der *SPERRE*, unausgewogen, einseitig und polemisierend. Immerhin haben die Niederländer ihre Arbeitslosenzahl halbiert. Dieser Erfolg spricht doch wohl für sich. Ein Schlag ins Gesicht für all jene, die Verrat schrieen, als DGB-Chef Dieter Schulte im Januar 1996 Kabinett und Kapital seine Aufwartung machte und unter das *„Bündnis für Arbeit und Standortsicherung"* seinen *Friedrich-Ebert* – Pardon – *Friedrich-Wilhelm* setzte. Ohne die Mithilfe der Gewerkschaften, erklärte der niederländische Arbeitgeberpräsident Hans Blankert dem SPIEGEL, wäre das Poldermodell nicht machbar gewesen. Nirgendwo gebe es so *„demütige Arbeitnehmerorganisationen"*.

Der *„Akkord von Wassenaar"* enthält schrille Dissonanzen. Die gängige Harmonielehre, nach der Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierung nur in die gleich Hurra-Tröte blasen müssen, um die Melodie der Vollbeschäftigung wieder erklingen zu lassen, endet in der Kakophonie des zweigestrichenen Jammertons A. – A wie Armut und A wie Arbeitslosigkeit.

Die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa, hat berechnet, daß die Arbeitslosenquote in den Niederlanden 1994 bei 27,1 % lag; fast viermal so hoch wie die offiziell angegebenen 6,8 % in jenem Jahr! Johan Stekelenburg, Chef der niederländischen Gewerkschaft FNV, zählt 1,2 Millionen arbeitsfähige Menschen ohne Arbeit.

Irgendjemand muß sich wohl an den Büchern zu schaffen gemacht haben:

Dort tauchen weder die große Zahl der Berufsunfähigen (umgerechnet auf Vollzeitarbeitsplätze deutlich über 10 %!) noch Menschen im vorzeitigen Ruhestand oder in kleineren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf. Im internationalen Vergleich liegt der niederländische Arbeitslosenpegel also an der Hochwassermarke.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt in seinem Wochenbericht vom 17. April 1997, daß nicht *„moderate Lohnsteigerungen, einschneidende Kürzungen des Staatshaushaltes, schmerzhafte sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformen ... isoliert als Ursache der vergleichsweise günstigen statistischen Daten angesehen werden"* dürfen. Die offizielle arbeitsmarktpolitische Erfolgsbilanz zeichne *„ein zu positives Bild"*.

Sie sei *„zu einem beträchtlichen Teil"* auf eine gezielte Abwertung des Guldens zurückzuführen. Eine solche Kursverschiebung sorge für mehr Exporte und stärke die heimische Wirtschaft. Dem stehe aber eine entsprechende konjunkturelle Abschwächung in den Ländern gegenüber, deren Produkte dadurch verdrängt werden. Diese Rückwirkungen belasten eine kleine Nation wegen ihres geringen Anteils am europäischen Handel weniger als einen großen Staat. Für Deutschland sei das niederländische Rezept deshalb unbrauchbar.

„Geschafft! – Rechtzeitig vor der riesigen Arbeitslosenflut hatten Theo und ich noch schnell ein einfaches Holzfloß gezimmert, das uns als schwimmender Regierungssitz diente." Zitiert aus: *„Ich, Helmut. Ein Titan ringt um Deutschland. – Erinnerungen."*, S. 45. Oggersheim 2027, Walhalla-Verlag, 99,90 Euro.

Skulptur: Projekt '97. Bronzeguß, Tadashi Kawamata. Foto: Nolkamper

Die Abnahme der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit geht laut DIW *„überwiegend ... nicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern auf die Umverteilung von Arbeit zurück"*; auf mehr Teilzeitbeschäftigung und vorzeitige Pensionierung.

In den Niederlanden haben 37,4 % der Beschäftigten einen Teilzeitarbeitsplatz. In Deutschland ist die Teilzeitquote mit 16,3 % nicht einmal halb so hoch.

Unsere Nachbarn haben seit zwei Jahren ein relatives *„Recht auf Teilzeit"*. Dagegen kann der Arbeitgeber nur zwingende betriebliche Gründe geltend machen.

„Würde man in Deutschland die Arbeit so flexibel einteilen, hätten wir zwei Millionen Arbeitsplätze mehr", folgert Bernhard Jagoda, Chef der Bundesanstalt für Arbeit. Haben wir schon, sagt SPD-Sozialexperte, Rudolf Dreßler. Nach niederländischen Maßstäben könnten wir nämlich alle 610-Mark-Jobs mitzählen. Das niederländische Beschäftigungswunder sei nichts weiter als ein *„statistischer Trick"* (DIE ZEIT, 30.05.97).

Ein Trick mit Selbstüberlistung: Denn nach dem *„Simsalabim ohne vollen Lohnausgleich"* schnurrte nicht nur der Riese Arbeitslosigkeit zu einem (Schein-)Zwerg zusammen. Diese optische Täuschung hat eine doppelte Bodenlosigkeit. Mancher Niederländer fragt sich verwundert, wo wohl der Inhalt seiner Brieftasche hingekommen sein mag. Die Niederlande sind gemessen am Wohlstand zurückgefallen. Verglichen mit den Gründungsstaaten der EU von Platz eins auf Platz sechs. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt in Deutschland trotz vereinigungsbedingter Sonderlasten immer noch deutlich höher als in den Niederlanden.

Paul Kalma vom wissenschaftlichen Institut der sozialdemokratischen PvdA (Partei van de Arbeid) sagte der Süddeutschen Zeitung (SZ, 04.04.97):

„Die Einkommensverteilung wird unfair, und die Sparmaßnahmen verlaufen weniger harmonisch als vorgegaukelt."

Sozialminister Adrianus Melkert erklärte der SZ: *„Wir müssen zugeben, daß es auch in den reichen Niederlanden Armut gibt."* 830.000 Haushalte gelten als arm.

In den Niederlanden fehlt es an der Mittelschicht. Es gibt Unternehmen mit bis zu 500 Arbeitnehmern und multinationale Konzerne. Philips, Shell und Unilever bauen weiter Personal ab, obwohl sie finanziell kerngesund sind und viel Gewinn machen.

Die Bundestagsabgeordnete Iris Gleicke (SPD) hat im Mai die Niederlande besucht. Der *SPERRE* schreibt sie: *„Die in Deutschland – zumal von Konservativen – geführte Diskussion über den niederländischen Weg entspricht nicht den dortigen gesellschaftlichen und politischen Realitäten. Unsere Gesprächspartner lehnten es ausdrücklich ab, ihrem Weg jeweils Modellcharakter einzuräumen."*

In einer Hinsicht sollten wir uns die Niederlande doch zum Vorbild nehmen.

„Nach Angaben der OECD sind die durchschnittlichen Bruttolohnersatzleistungen nach denjenigen in Dänemark international am höchsten. Nach Berechnungen des Centraal Planbureaus betrugen die durchschnittlichen Nettolohnersatzleistungen zuzüglich Extraleistungen für Wohnung und Familien im Jahr 1993 etwa 78 %. (DIW-Bericht)"

78 % ist wesentlich mehr als ein deutscher Arbeitsloser erhält. *Pi mal Daumenschraube!* – Niederländische Arbeitslose dürften nach diesem unerschütterlichen Grundsatz deutscher Standort-Logarithmik eigentlich gar keinen Anreiz verspüren, sich aus ihrer bequemen sozialen Hängematte zu erheben. Arbeitslose – dies ist gewiß – machen sich erst auf Stellensuche, wenn man ihnen das Wasser bis zum Hals laufen läßt. Das niederländische Beschäftigungswunder ist ein geradezu unerklärliches Mirakel.

Fazit von Iris Gleicke: *„Wie immer man den niederländischen Weg auch bewerten mag. Dieser Weg wurde beschritten von einer Regierung, die 1. eine klare Zielvorstellung hatte; 2. handlungsfähig war; 3. über ein Konzept verfügte und entschlossen war, es umzusetzen; die 4. Flexibilität und Sicherheit stets als Einheit definierte und 5. die Konsolidierungsmaßnahmen sozial gerecht verteilte. Keine dieser Voraussetzungen ist in Deutschland erfüllt."*

Solange das so bleibt, heißt es weiter: *„Wasser, marsch!"* Die Arbeitslosenflut steigt und steigt. Ob's edler im Gemüt, diesen Kanzler länger zu erdulden, oder, sich wappnend gegen eine See voll Plagen, durch Widerstand ihn enden? Die Frage nach Sein oder Nichtsein stellt sich spätestens im Herbst nächsten Jahres. *uwi*

„Seid mal ruhig, Genossen. Ich glaube, ich habe etwas gehört. Da unten drin muß irgendwo unsere arbeitslose Basis sein." Skulptur. Projekte in Münster 1997: Metro-Net. Subway around the world. Martin Kippenberger: Lüftungsschacht, der dem Passanten U-Bahngeräusche vormacht. Foto: Wiedenstried

Tanz der Lemminge

Euro-Märsche, Liebesparaden und Eiertänze

Friede, Freude, Eiertanz. Mitte Juli hat in Berlin der Asphalt gebebt. Zugegeben, das hat er oft in diesem Jahrhundert. Mal unter den Knobelbechern von Hitlers Knall-Schergen, mal unter den rasselnden Ketten sowjetischer Panzer, mal unter den Wildleder-Boots gegen Schah, Springer, Vietnam-Krieg und Establishment aufbegehrender Studierender. Einmal, ein einziges Mal vibrierte Berlins Boden sogar unter dem derben Schuhwerk einer richtigen Revolution der Massen. Ende 1918, als Arbeiter, Soldaten und Matrosen für eine andere, bessere Welt auf die Straße gingen. Der Ausgang ist bekannt. Reichskanzler Ebert (SPD) gab *„Feuer frei!"* auf die eigenen Leute. Die Reichswehr knallte den Traum von *„Brüder, zur Sonne, zur Freiheit"* nieder. Vorbei, verjährt, doch nimmer vergessen. Es gibt immer noch eine kritische Masse in Deutschland.

Eine Million Menschen haben in Berlin demonstriert. Ihre Losung klingt wie ein moderner Sound-Mix aus dem alten sozialistischen Traum und dem Woodstock-Feeling der Achtundsechziger: *„Let the sun shine in your heart."* Eine Million – gegen eine solche Urgewalt pfeift niemand an. Die *Love Parade* marschiert, lautstark und mit 150 Beats pro Minute.

Wofür eigentlich? – Dafür, daß AsylbewerberInnen wie Menschen behandelt werden? Nein! Dafür, daß niemand mehr Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben streitig macht? Nein! Dafür, daß Frauen wirklich die gleichen Rechte und Chancen erhalten wie Männer? Nein! Dafür, daß sich Arbeit und Reichtum nach dieser Richtschnur verteilen: *Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen?* Nein! Dafür, daß Wirtschaft die natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährden darf? Nein! Dafür, daß die Menschenrechte ohne Ausnahme für jede Frau, jeden Mann und jedes Kind überall auf diesem Globus gelten? Nein! – Wofür dann?

Rainer Langhans, Altachtundsechziger und damals Mitglied der Kommune 1, glaubt (ZEITmagazin, 11.07.97), daß in den Ravern der Geist der Studentenrevolte weiter marschiere: *„Sie sind die Zukunft dieses verbissenen Landes."*

Hirn, steh' uns bei! – Als die Kommunarden dem Wohlstandsmuff der *„Von allem nichts gewußt"*-Deutschen ihre nackten Hinterteile entgegenstreckten, war dies noch ein politischer Akt. Den Ravern von heute geht Politik am Allerwertesten vorbei. Sie wollen nichts bewegen, abgesehen von ihrem eigenen durchgestylten Body. Um dies zu demonstrieren, zeigen sie aller Welt am liebsten den Körperteil, den sie für das Zentrum des Universums halten: ihren Bauchnabel. Dafür tanzen diese Lemminge, für nichts anderes.

Die Veranstalter dieser Mega-Events verdienen sich an diesen konsumgeilen Ego-Kids goldene Nasensticker. Selbst das pseudopolitische Motto macht sich für sie bezahlt. Ohne diese hohle Phrase hätten sie nämlich Sondernutzungsgebühren abführen müssen, die bei politischen Demonstrationen nicht erhoben werden, wohl aber für jedes Straßenfest anfallen.

Berlins Innensenator und Ex-Bundeswehrgeneral Jörg Schönbohm (CDU) zeigte, daß er Berliner Geschichte und soldatische Tradition zu verbinden weiß und schoß zur Begrüßung mit einer Pump-Gun in die Menge. Keine Angst, sie war nur mit Wasser geladen. Scharfe Munition schien ihm wohl unangebracht. Er weiß: Diese Menschenmasse, auch wenn sie in die Millionen geht, wird der Politik seiner Partei nie und nimmer gefährlich.

Eine bessere Welt ist mit diesen nützlichen Idioten der Repression nicht zu machen, nur ein gutes Geschäft.

Wo der Rubel rollt und die Massen wabern, ist die Journaille nicht weit. Keine Zeitung in Deutschland, die nicht in geradezu epischer Breite über diesen kollektiven Waschbrettbauchtanz berichtete. Die ARD sendete eine ganze Nacht hindurch von der *Love Parade. VIVA!* – Es lebe die öffentlich-rechtliche Pressefreiheit!

Als einen Monat zuvor 50.000 Menschen aus allen Ländern Europas für eine bessere Welt nach Amsterdam marschierten, räumten Blatt- und Fernsehmacher diesem Ereignis wesentlich weniger Platz ein. Mickrige 50.000 können mit einer Million nun wirklich nicht konkurrieren. Außerdem fehlte es ihnen an dem medienwirksamen Sex-Appeal der *Love Parade.*

„Nackte, Nackte, Nackte, und immer an die Spanner denken!"

Die 50.000 hätten ja auch von der Haut, die sie ständig zu Markte tragen müssen, ein bißchen mehr zeigen können.

50.000 ist in Anbetracht der widrigen Umstände eine ganze Menge mehr als eine Million. Den Euro-Marsch haben kleine Initiativen (Arbeitslose, Sozialhilfeberechtigte, Frauen etc.) und engagierte einzelne Menschen organisiert, die jede Mark dreimal umdrehen müssen. In Deutschland konnten sie nicht einmal auf den starken Arm der Arbeiterschaft zählen. Einzelne GewerkschaftlerInnen machten mit, sogar viele, auch einzelne Landes- und Kreisverbände, aber auf höchster Ebene hielt man sich zurück oder warf gar Knüppel zwischen die Beine.

Im März empfahl die Internationale Abteilung des DGB den Mitgliedsgewerkschaften, nicht an den Euro-Märschen teilzunehmen. Begründung: Links- bzw. rechtsextreme Europa-Gegner aus Spanien und Frankreich versuchten, den Euro-Marsch zu unterwandern. Der IG-Metall-Vorstand verbreitete dieses ebenso falsche wie fadenscheinige Gerücht in einem Rundschreiben vom 18. April an alle seine Verwaltungsstellen, Bezirksleitungen und Bildungsstätten. In der Unterstützerliste zum Euro-Marsch-Aufruf findet sich nur ein einziger Gewerkschaftsvorsitzender: Detlef Hensche, Chef der IG-Medien. Bravo ihm und all den anderen Linienuntreuen!

Haben die anderen Vorsitzenden vor einer Handvoll unerwünschter Mitläufer – ob real existierend oder nicht – größere Angst als vor einem Europa des Kapitals und der Banken? Oder gehört es in Deutschland seit Friedrich Ebert zur Tradition von Arbeiterführern, sich mehr davor zu fürchten, daß die eigene Basis in spontanen Massenaufläufen den Boden erzittern läßt?

18 Millionen Arbeitslose in Europa – wieviele müssen noch dazukommen, bis diese kritische Masse eine Kettenreaktion auslöst? Die Gewerkschaften täten gut daran, gemeinsam mit den Arbeitslosen den Ausstieg aus dieser hochexplosiven Kernenergie zu suchen. *uwi*

Was bisher geschah:

Sam wollte nur seine Lungentuberkulose auskurieren, doch ein Licht auf dem Turm des Schlosses oberhalb der Bergklinik weckt den Instinkt des schlaflosen Schnüfflers. Krankenschwester Judy Garlic besorgt Sam Informationen über den Schloßherrn, Graf von Saumagen zu Oggersheim, einem Gehirnchirurgen ohne Approbation. Der Professor und Leiter der Klinik, ein ehemaliger Assistenzarzt des Grafen, hat es gar nicht gern, wenn man seine Schubladen plündert. Gemeinsam mit dem Syndikatskiller Wilmer liefert er Sam und Judy im Schloß ab. Der Graf und sein Faktotum Wolf sind dem *Dicken Mann* und dem *Rollstuhlfahrer* wie aus dem Gesicht geschnitten. Der Graf tischt Sam eine hanebüchene Gruselgeschichte auf: Er behauptet, nach dem uralten Rezept des Alchimisten *Paracelsus* einen *Homunculus* schaffen zu können; einen mit Pferdemistwärme, menschlichem Blut und Samen in einem Glaskolben künstlich erzeugten Menschen. Ein *Homunculus* vollzieht wie eine Marionette den Willen seines Erzeugers. Der Graf will *Paracelsus'* Rezept sogar verbessert haben. In seinem Labor befinden sich achtzehn mannshohe Glaskolben, in denen er nach seinem Ebenbilde den *Dicken Mann* und den Rest des Syndikates aus den revitalisierten Genen der finstersten Manchesterkapitalisten erzeugt haben will. Ist der Graf wahnsinnig? Ein Skelett auf dem Operationstisch, ein E-Herd, auf dem heißes Wasser in einem Topf vor sich hin brodelt und ein mit einem Laken zugehängter Zylinder, aus dem ein Schnattern zu hören ist, das an das trockene Stakkato eines Maschinengewehrs erinnert - was hat dies alles zu bedeuten? Sam möchte mehr wissen. Da schlagen die K.-o.-Tropfen an, die der Graf dem Amontillado beimischte. Sam wird schwarz vor Augen. Erwartet ihn und Judy ein grausames Schicksal? Macht der Graf auch von ihnen Kopien, die zu willigen Helfern des großen Homunkohlus werden? ...

Sterben - schlafen - nichts weiter! - Und zu wissen, daß ein Schlaf das Herzweh und die tausend Stöße endet, - 's ist ein Ziel, aufs innigste zu wünschen.

Nein, dies war er nicht, der große Schlaf. Noch immer umgab mich tiefschwarze Nacht, aber schon schlug ein Gedanke, eine Erinnerung wie ein gleißender Blitz in dieses Dunkel. Die letzten Worte des Grafen vor dem neunten Hammerschlag:

«Der Amontillado enthielt nämlich K.-o-Tropfen. Ihre Wirkung ist zwar nur von kurzer Dauer, aber mir bleibt Zeit genug, Sie an der Wand neben der bezaubernden Miss Garlic anzuketten.»

Von kurzer Dauer - von kurzer Dauer - von kurzer Dauer hallte das Echo in meines Schädels Höhle. Nein, ich war nicht tot.

Teil VI

Das Brodeln und das unheimliche Schnattern – ich hörte es wirklich. Dies waren keine infernalischen Willkommensgrüße. Die sanfte Stimme, die sich mit Engelsklang in mein linkes Ohr schmiegte, war kein «Grüß, Gott» aus himmlischen Sphären:

«Sam, bitte, wach auf. – Sam, Darling, du mußt zu dir kommen, du mußt.»

Noch nicht, süße Judy. Noch nicht.

Die reizende Judy. – *Nymphe, schließ in dein Gebet all meine Sünden ein!*

Sterben – schlafen – schlafen! Vielleicht auch träumen! – Ja, da liegt's: Was in dem Schlaf für Träume kommen mögen, wenn wir den Drang des Ird'schen abgeschüttelt.

Mein Packard! Nein! Nein, nicht diese häßliche silberne Farbe. Weg damit! Raus mit dem Schrott aus meinem Wagen. Raus mit den alten Fernsehern und Radios. Was fällt euch ein? Mein Wagen hat vor dem Barockschloß nichts zu suchen. Die anderen Silberautos auch nicht. Mein Packard! O könnt' ich doch endlich wieder einmal mit ihm fahren.

Wer ertrüg' der Zeiten Spott und Geißel, der Mächt'gen Druck, verschmähter Liebe Pein.

Und dann auch noch dies!

«Wach auf, Darling, wach auf!»

Mozarts Requiem erklang leise, ganz leise aus der Windschutzscheibe meines Packards heraus. Ich habe diesen überschätzten österreichischen Kammerdudler nie gemocht. Klassische Musik swingt einfach nicht.

Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage.

Langsam hob ich meine tonnenschweren Augenlider. Ich erkannte Judys Gestalt neben mir an der Wand, verschwommen nur, aber mit der Zeit immer deutlicher sich abzeichnend.

«*Mein Prinz, wie geht es Euch?*», hauchte sie.

Mein riesige Zunge klebte trocken und pelzig am Gaumen. Endlich gelang es mir, sie zu lösen:

«Judy, ich hatte einen furchtbaren Traum. Mein Packard ....»

«Mr. Sperre», wie ich sehe, weilen Sie wieder unter uns», sagte der Graf. «Ich hoffe, meine Tropfen haben Ihnen nicht allzu sehr zugesetzt. Einigen Menschen verursachen sie schlimmste Alpdrücke, schlimmere noch als sie selbst modernste Kunst hervorrufen könnte.»

Der Graf trat an mich heran und trennte mit einer Schere die Naht meines linken Hemdärmels auf. Meine Hände hingen in Handschellen, die die Enden von zwei Ketten bildeten, die oberhalb meines Kopfes an der Wand angebracht waren. Ich zerrte daran und versuchte, meine Handgelenke den Schellen zu entwinden.

«Es hat keinen Zweck, Sam», zischte Judy mir zu. «Ich habe es schon versucht. Du schürfst dir nur die Haut auf.»

Der Graf legte die Schere auf einen Tisch ab. Dann band er mir den Oberarm mit einem Riemen ab. Er öffnete den Schraubverschluß eines braunen Fläschchens und träufelte ein wenig nach Alkohol riechende Flüssigkeit auf ein Wattebäuschchen, das er in der anderen Hand hielt. Er drehte sich wieder zu mir um und rieb meine Armbeuge mit dem Alkohol ein. Er griff noch einmal hinter sich und holte eine Spritze hervor. Dann stach er zu.

«Daneben», fluchte er. «Mr. Sperre, wenn Sie sich ein bißchen weniger widerspenstig verhalten könnten. Ich möchte ungern Gewalt anwenden.»

«Rollvenen», sagte ich grinsend.

«Papperlapapp!»

Er stach noch einmal zu. Jetzt hatte er eine Ader getroffen und zog mein Blut auf die Spritze. Er hielt die Spritze mit der Spitze nach oben vor sein Gesicht.

«Ich glaube, das genügt.»

Er löste den Verschluß des Riemens, zog ihn ab und klebte ein kleines Pflaster auf den Einstich in meinem Arm.

«Und jetzt wollen Sie aus dem bißchen Blut von mir, Ihrem Sperma und den wieder zum Leben erweckten Genen aus die-

Foto: Wiedemstried
„Judy, ich hatte einen furchtbaren Traum. Mein Packard ...« Skulptur. Projekte in Münster 1997. 32 cars for the 20th century: play Mozart's Requiem quietly. Nam June Paik

sem Knochengerüst eines Manchesterkapitalisten da auf dem Tisch ein Wesen schaffen, das mir äußerlich vollkommen gleicht, aber nichts weiter ist, als eine willenlose Marionette des Syndikats?», fragte ich.

«Sie scheinen immer noch zu zweifeln, Mr. Sperre.»

Der Graf drückte mein Blut aus der Spritze in ein Reagensröhrchen, das er sorgfältig mit einem Korken verschloß. Er ging an das andere Ende des Raumes und öffnete einen Eisschrank, dem er ein Gestell entnahm, in dem mehrere solcher Röhrchen hingen, die vor Kälte dampften. Er stellte das Gestell auf dem Tisch ab, entnahm ihm eines der Röhrchen, öffnete dieses und goß die mattgelbe, zähe Flüssigkeit, die sich darin befand, in das Röhrchen mit meinem Blut.

Er grinste triumphierend zu mir herüber:

«Mein Samen... .»

Er öffnete ein weiteres Röhrchen und ließ dessen Inhalt in das Gemisch fließen.

« ... und die Erbanlagen einer überragenden Unternehmerpersönlichkeit aus dem England des letzten Jahrhunderts.»

Er verschloß das Röhrchen wieder und hängte es in eine Zentrifuge ein, die auf dem Tisch stand. Er betätigte deren Schalter, und das Röhrchen drehte sich wie in einem kleinen Kettenkarussell. Er ging mit den anderen Röhrchen zum Eisschrank hinüber und stellte sie wieder hinein. An den Tisch zurückgekehrt schaltete er die Zentrifuge aus. Das Röhrchen verlor an Geschwindigkeit und drehte sich immer langsamer werdend aus, bis es schließlich stillstand. Der Graf nahm es in die Hand und musterte mit einem prüfenden Blick die Farbe des Gemisches. Er hielt mir das Gläschen unter die Nase.

«Wie ich hörte, haben Sie eine Schwäche für gut gemixte Cocktails. Wie gefällt Ihnen das Aroma meines *«Sam-Sperre-dry»*?»

«Ein Spritzer Angosturabitter könnte vielleicht nicht schaden, Graf.»

«Für mich bitte ohne Eis, Süßer», säuselte Judy.

«Ihr Spott trifft mich nicht. – *Es gibt mehr Ding' im Himmel und auf Erden, als eure Schulweisheit sich träumt.* – Das Witzereißen wird Ihnen schon noch vergehen.»

Er machte auf dem Absatz kehrt und stellte sich vor die mannshohen Glaskolben an der gegenüberliegenden Wand. Einer von ihnen war jetzt auch mit einem weißen Bettuch abgedeckt. Der Graf zeigte auf ihn:

«Die neue Miss Garlic habe ich schon angesetzt, Mr. Sperre.»

«Hoffentlich schlägt sie nicht nach Ihnen, Graf.»

Der Graf ignorierte meine Bemerkung, stieg auf einen Stuhl und schüttete den *«Sam-Sperre-dry»* in den Glaskolben daneben. Er holte einen kreisrunden Deckel aus Aluminium hinter dem Kolben hervor und schraubte ihn auf dessen Öffnung. Dann warf er ein Laken über den Glaszylinder, kramte zwei elektrische Heizsonnen unter einem der Tische hervor, schloß diese an Steckdosen an und plazierte sie so, daß sie ihre Wärme auf die beiden Röhren abstrahlten. Er rieb sich die Hände.

«So, das wär's. Meine Babys sind im Brutkasten.»

Er zog die Baretta aus der Tasche seines Jacketts und entsicherte sie.

«Mr. Sperre, Miss Garlic, vielleicht ist dies ja ein kleiner Trost für Sie. Wenn ich Sie jetzt umlege, lebt trotzdem ein Teil von Ihnen in meinen Geschöpfen weiter.»

Ich mußte Zeit gewinnen: «Graf, ...?

«Mr. Sperre, Sie wollen mich doch nicht wieder um eine letzte Zigarette bitten. Bedenken Sie Ihren Zustand. Mit TB ist nicht zu spaßen.»

Er grinste und zielte mit der Mündung seiner Baretta auf meine Stirn.

«Okay, Graf, Sie haben gewonnen. Aber erklären Sie einem Schnüffler wie mir wenigstens, was das Licht auf Ihrem Turm zu bedeuten hat und was sich in dem kleinen Zylinder verbirgt, aus dem das Schnattern zu hören ist.»

Der Graf ging zu Judy hinüber und strich mit dem Lauf seiner Waffe langsam zuerst über ihre rechte Wange, dann über die linke. Er ließ seine Hand schließlich sinken und blickte still lächelnd auf die Baretta herab. Dann wandte er mir sein Gesicht zu:

«Warum eigentlich nicht? Schließlich bleibt mir noch Zeit genug, bis die Babys...», er zeigte mit seiner Wumme nach hinten über die Schulter zu den Glaskolben, «... ihre ersten Schreie tun.»

Er steckte die Baretta zurück in die rechte Seitentasche seines Jacketts. Dann holte er aus dessen Innentasche eine Pakkung Luckys hervor. Er klopfte zwei heraus und steckte sie in den Mund. Er ging zu einer der drei Heizsonnen hinüber, die den kleinen, verhängten Zylinder umgaben, beugte sich vor bis die Spitzen der Zigaretten ihrer Glut nah genug waren und tat einen Zug. Die Glimmstengel leuchteten vorne rot auf. Er nahm eine Lucky zwischen Daumen und Zeigefinger der rechten Hand und stopfte sie mir zwischen die Lippen. Dann sah er fragend zu Judy hinüber. Sie schüttelte den Kopf.

«Mr. Sperre», sagte er, «ich freue mich, daß Sie endlich echtes Interesse für meine wissenschaftliche Arbeit zeigen. Trotzdem, machen Sie sich keine Hoffnungen.»

Er klopfte mit der rechten Hand gegen die ausgebeulte Seitentasche seines Jakketts: *«Der Rest ist Schweigen.»* *uwi*

Fortsetzung folgt.

KAI Kinderhauser Arbeitslosen Initiative e.V.

Beratung und Begleitung von Arbeitslosen und ihren Angehörigen

Ansprechpartnerin: Angela Vrbanec

dienstags 8.30 bis 12 Uhr
mittwochs 14.30 bis 17 Uhr
donnerstags 9.30 bis 11.30 Uhr
und nach Vereinbarung
☎ 26 36 89
MOT-Treff Kotten
Brüningheide 28
48 159 Münster

KAI e.V. ist eine gemeinnützige Initiative in der Kirchengemeinde St. Josef Kinderhaus, die eng mit anderen Einrichtungen im Stadtteil und im Stadtbezirk zusammenarbeitet.

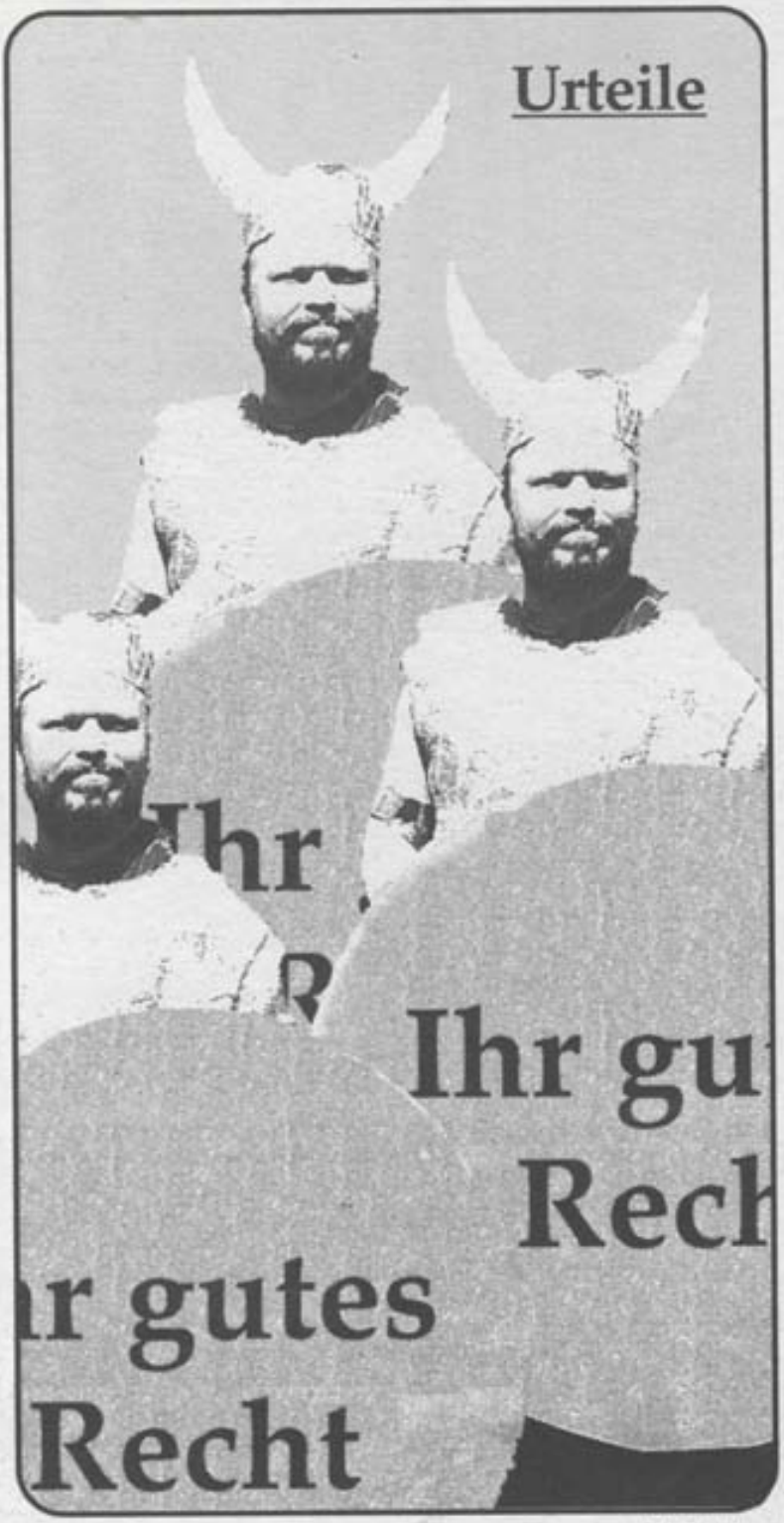


Foto: *Nothnagel*

Erreichbarkeit in neuer Wohnung vor Umzug

Arbeitslose müssen vom Arbeitsamt erreichbar sein, d. h. sie müssen täglich zur üblichen Zeit des Posteingangs an der dem Arbeitsamt bekannten Adresse erreichbar sein. Mietet eine Arbeitslose eine neue Wohnung und renoviert sie tagsüber, ohne umgezogen zu sein, dann muß sie trotzdem dem Arbeitsamt die neue Wohnung schon mitteilen, weil sie zum Zeitpunkt des Posteingangs nicht zuhause ist. *avo*

Landessozialgericht Saarland, L 1 Ar 1/96 vom 13.6.96

Lebensversicherung bis zur Arbeitslosenhilfe unantastbar

Vermögen, das zur Alterssicherung bestimmt ist, muß nicht verbraucht werden, bevor Arbeitslosenhilfe gezahlt wird. Das gilt entgegen der Ansicht des Arbeitsamtes auch, wenn der Versicherungsvertrag deutlich vor dem Rentenalter endet. Eine Alterssicherung läßt sich auch in Stufen verwirklichen. *avo*

Bundessozialgericht, 11 RAr 21/96 vom 29.1.97

Ergänzung der Redaktion:
Wenn das Arbeitsamt in der Vergangenheit wegen einer solchen Lebensversicherung die Zahlung von Arbeitslosenhilfe verweigert hat, dann kann die Entscheidung auch nach Ablauf der Widerspruchsfristen zurückgenommen werden. Der Arbeitslose kann beantragen, daß der Bescheid wegen unrichtiger Rechtsanwendung nach § 44 SGB X überprüft wird. *avo*

Arbeitslosenhilfe in vielen Fällen rechtswidrig gekürzt

Seit dem 1. Juli 96 gilt, daß die Arbeitslosenhilfe nach jeweils zwölf Monaten herabbemessen werden darf. Die Übergangsregelung, nach der zum 1. Juli letzten Jahres bei allen Arbeitslosenhilfeempfängern gekürzt wurde, ist jedoch in vielen Fällen rechtswidrig angewendet worden; weil für alle Leistungsbezieher pauschal zu einem anderen Termin (1.7.96) gekürzt wurde, als ausdrücklich im Gesetz gestanden hat (1.4.96), ohne jeweilige Besonderheiten zu berücksichtigen. *avo*

Sozialgericht Duisburg, S 14 Ar 277/96 vom 20.8.96, nicht rechtskräftig

Bildungsmaßnahme ohne Förderung – keine Arbeitslosenhilfe

Wenn eine Arbeitslose an einer nicht geförderten Bildungsmaßnahme teilnimmt, steht sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, selbst wenn die Maßnahme ausdrücklich auf Eingliederung von Langzeitarbeitslosen ausgerichtet ist und die Teilnehmerin einem eventuellen Arbeitsangebot sofort nachkommen würde. Die Arbeitslose kann nur dann Arbeitslosenhilfe erhalten, wenn sie ohne eine gestaltende Entscheidung (Abbruch der Bildungsmaßnahme) für eine mehr als kurzzeitige Beschäftigung zur Verfügung steht. *avo*

Bundessozialgericht, 11 RAr 39/96 vom 24.4.97

Krankenversicherung übers Amt nur bei Arbeitslosenhilfebezug

Arbeitslose, die aufgrund des Partnereinkommens keine Arbeitslosenhilfe erhalten, sind nicht über das Arbeitsamt krankenversichert. *avo*

Bundessozialgericht, 12 RK 5/95 vom 26.3.96

„Kein Geld" – kein Grund für Leistungsverweigerung

Das Arbeitsamt ist nicht verpflichtet, sogenannte Kann-Leistungen zu finanzieren. Es darf prüfen, welche Leistung im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel gefördert werden kann. Die Inanspruchnahme dieser Leistung muß jedoch grundsätzlich möglich sein. Wenn bei einer Ablehnung nur der knappe Finanzrahmen angeführt wird, dann ist die Entscheidung rechtswidrig. *avo*

Bundessozialgericht, 7 RAr 14/ 90 vom 25.10.1990

Sozialamt muß billigste Wohnung wählen

Bei mehreren Wohnungsangeboten hat das Sozialamt nicht nur zu prüfen, ob eine abstrakte Grenze angemessener Miete eingehalten wird. Es muß vielmehr unter mehreren angemessenen Wohnungen die günstigste ausgewählt werden. *avo*

Oberverwaltungsgericht Hamburg, OVG Bs IV 120/96 vom 30.4.96

Einjahresfrist bei rechtswidrig gezahlter Sozialhilfe

Wenn ein Sozialamt Sozialhilfe bewilligt und später erkennt, daß dies rechtswidrig war, kann es nur innerhalb eines Jahres nach Kenntnis der Tatsachen das Geld zurückfordern.

Die Jahresfrist verlängert sich nicht, wenn ein erster Aufhebungsbescheid später durch einen zweiten ersetzt wird. Auch der zweite Bescheid muß in der ersten Jahresfrist liegen. *avo*

Bundesverwaltungsgericht, 5 C 10/94 vom 19.12.95

Amt patzt im Bescheid – Arbeitsloser haftet

Ein Arbeitsloser, der ohne Überprüfung auf die Richtigkeit eines Arbeitsamtsbescheides zum Arbeitslosengeld vertraut, handelt grob fahrlässig, es sei denn, er ist intellektuell nicht in der Lage, die Übereinstimmung zwischen Steuerklasse und Leistungsgruppe festzustellen. Zuviel Gezahltes muß er bei einem entsprechenden Fehler des Arbeitsamtes zurückzahlen, auch wenn er selbst völlig richtig gehandelt hat. *avo*

Landessozialgericht NRW, L12 Ar 249/ 95 vom 25.9.96

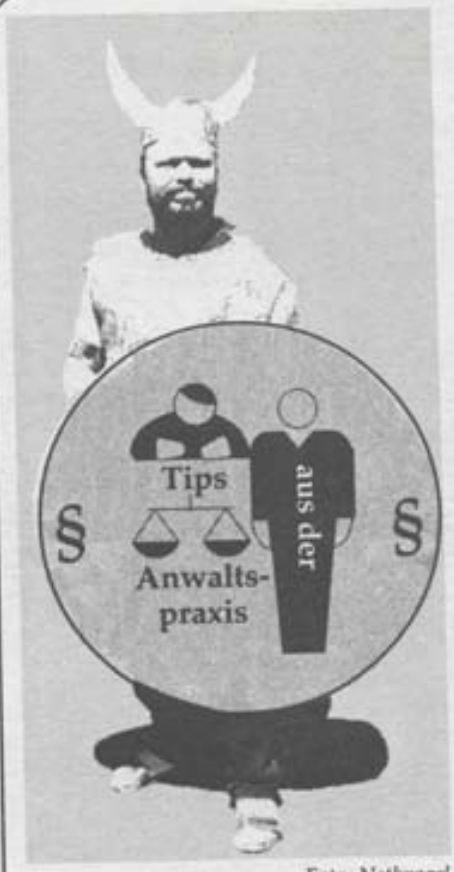


Foto: *Nothnagel*

Arbeitslosengeld für Studierende

Gerd ist arbeitsloser Sozialpädagoge. Er bezieht zunächst Arbeitslosengeld, dann -hilfe. Weil er keine Arbeit findet, entschließt er sich, an der Universität noch einen Abschluß als Diplom-Pädagoge zu machen. Er hat einige Jahre Beiträge für die Arbeitslosenversicherung bezahlt und hofft, während des Studiums weiter Geld vom Arbeitsamt zu bekommen. Eine Stelle will er natürlich weiter suchen. Doch das Arbeitsamt hebt prompt seinen Bewilligungsbescheid auf, als er pflichtgemäß die Aufnahme seines Zweitstudiums meldet. Dennoch: Ein Studium schließt nicht automatisch den Bezug von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe aus. Das entschied das Bundessozialgericht im letzten Jahr.

Durch das Studium stehe er für eine beitragspflichtige Beschäftigung nicht mehr zur Verfügung. Aus der Regelstudienzeit ergebe sich eine Belastung von insgesamt 40 Stunden pro Woche. So argumentiert das Arbeitsamt. Mit Leistungen für Studierende tun sich Gesetzgeber und Arbeitsamt schwer. Es bedurfte erst einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, damit auch Studierende Leistungen erhalten konnten. Auch nachdem das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) geändert wurde, werden heute Studierenden Leistungen oft zu Unrecht vorenthalten.

Nach § 103 a AFG wird bei Studierenden vermutet, sie stünden für eine beitragspflichtige Beschäftigung nicht zur Verfügung. Um diese Vermutung zu widerlegen, muß der Studierende nachweisen, daß er dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und zugleich die Bestimmungen der Studien- und Prüfungsordnungen erfüllt.

Auf die Regelstudienzeit kommt es hier entgegen der Auffassung des Arbeitsamtes nicht an, entschied das Bundessozialgericht im vergangenen Jahr. Da für viele Studiengänge keine bestimmte Mindestzahl von Semesterwochenstunden vorgeschrieben ist, kann dieser Nachweis durchaus erbracht werden. Das wäre z. B. der Fall, wenn nur vier bis zehn Veranstaltungsstunden pro Woche belegt werden.

Daneben kann ein Studierender noch mehr als 20 Stunden und damit beitragspflichtig arbeiten. Diese Arbeit muß auch tatsächlich möglich sein. Die Vorlesungen dürfen also nicht am Vor- oder Nachmittag liegen.

Sonst erklärt das Arbeitsamt zu Recht, für Teilzeittätigkeiten mit derart wechselnden Arbeitszeiten bestehe kein Arbeitsmarkt. Der Nachweis muß durch die Belegübersicht erbracht werden. Unerheblich ist, daß der Studierende erklärt, er besuche die belegten Veranstaltungen gar nicht.

Gerds Widerspruch wird spätestens bei der Klage vor dem Sozialgericht erfolgreich sein, ähnlich wie in einem vom Sozialgericht Münster am 19.6.1997 entschiedenen Fall. Gerd muß weiterhin alle Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosenhilfe erfüllen, sich also vor allem regelmäßig beim Arbeitsamt melden, Nebentätigkeiten angeben etc. und vor allem für das Arbeitsamt erreichbar sein.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Arbeitsverwaltung die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts nur zögerlich zur Kenntnis nimmt – und um Kosten zu sparen, lieber ein paar Klageverfahren riskiert.

Wilhelm Achelpöhler, Rechtsanwalt, Münster

14. Juni '97: Machtvolle Demonstration in Amsterdam

No pasaran!!! Ya basta!!! Schluß jetzt!!! Foto: *Werner Thiel*

Der Wind ist gesät:

Der Sturm zieht auf

Vor dem Europagipfel der Regierungschefs in Amsterdam zeigte sich, daß sich nicht nur der politische Wind gedreht hat, sondern ein Sturm aufzieht. 50.000 Menschen aus allen EU-Staaten und weiteren europäischen und außereuropäischen Ländern stimmten mit den Füßen ab. Tausende von ihnen zogen seit dem 14. April in mehreren Sternrouten durch Europa auf Amsterdam zu. In den Städten wurden sie jeweils von Bündnissen begrüßt und in örtliche Aktionen einbezogen.

Die 50.000 TeilnehmerInnen zeigten den Regierungschefs der EU deutlich, daß es höchste Zeit ist, sich den brennenden Fragen der Menschen zu stellen: Armut, Obdachlosigkeit, Frauendiskriminierung und Arbeitslosigkeit sollen die Maastricht-Verträge endlich auch berücksichtigen.

Handeln gegen Arbeitslosigkeit!

Auf Initiative des *AC!* (Agir contre le chomage!) – zu deutsch *„Handeln gegen die Arbeitslosigkeit"* – fanden sich im vorigen Herbst nach dem EU-Treffen der Regierungschefs in Florenz verschiedene soziale Gruppen und Arbeitslosenverbände, linke Parteien und Gewerkschaften in Brüssel zusammen, um einen gemeinsamen Aufruf und die Organisation der Euro-Märsche zu beschließen.

Große Organisationen mit starken materiellen und finanziellen Mitteln fehlten bis zum Schluß, auch die deutschen Gewerkschaften, bis auf einige Untergliederungen.

Von Münster machten sich am Morgen des 14. Juni 70 Leute vom Hindenburgplatz auf, um die Forderungen nach einem sozialen, einem demokratischen, einem feministischen Europa zu unterstützen. Die Frauen vom Frauen- und Kinderzentrum MUM (Mutter Und Mehr) waren schon am Freitag mit ihren Kindern per Bahn gestartet.

Bereits Mitte April hatten sich die ersten per Bus oder Bahn, zu Fuß, per Fahrrad oder mit dem Schlitten auf den Weg gemacht, um dabei zu sein. Am 27. Mai waren es schließlich etwa 30, die vom DGB-Haus zum Hauptbahnhof marschierten. Von der Oberbürgermeisterin Marion Tüns verabschiedet, machten sich die MarschiererInnen per Bahn auf nach Dortmund, um einen Tag lang die Ost-West-Schiene des Euro-Marsches zu begleiten. Zum Bündnis gehörten nun auch die Sozialberatung im cuba, die *SPERRE*, die GAL und die Region Münster der Deutschen Postgewerkschaft.

Gegen ein „Europa des Kapitals"

Seit langem ist ein breites Bündnis internationaler Gegenwehr entstanden, in dem die Erwerbsloseninitiativen, die Flüchtlingsgruppen, die Zusammenschlüsse der illegal im Land Lebenden und der Obdachlosen sowie der Sozialhilfeinitiativen und der linken Gewerkschaften und Parteien deutlich gemacht haben, daß sie ein anderes Europa als das „Europa des Kapitals" wollen.

Nur gut ausgeschlafen gelangt man ans Ziel. – Jüngste Garde der Euro-MarschiererInnen bewahrt die Ruhe vor dem Sturm. Foto: *Neugebauer*

Für die Initiativen ist u.a. Arbeitslosigkeit das Kriterium für eine Ablehnung der Maastricht-Beschlüsse. Die *„Euro-Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung"* haben dies vielfach öffentlich gemacht.

Die Zustimmung für ihre Forderungen war ihnen sicher: Radikale Arbeitszeitverkürzung! Existenzsicherndes Grundeinkommen! Arbeit für alle! Gegen soziale, rassistische und sexisitische Ausgrenzung!

Für eine andere Politik

Eine bunte, laute internationale Protest- und Festveranstaltung erlebte Amsterdam. Internationale Solidaritätsadressen aus der ganzen Welt begleiteten die Demonstration mit kämpferischen Grüßen. Die afrikanischen Klänge der Trommeln übertönten alles und machten Mut.

Ein guter Anfang war's, der hoffentlich Schule macht.

No pasaran!!! Ya basta!!! Schluß jetzt!!! Diese Rufe sollten nicht nur durch Amsterdam hallen, sondern durch jede Hauptstadt. In jedem Land müssen wir die Regierungen zu einer anderen Politik zwingen.

20 Millionen offizielle Arbeitslose und 50 Millionen Arme sind die Folge der Politik, die vorgibt, diese Entwicklung zu stoppen, Arbeitsplätze zu schaffen und den Wohlstand zu mehren.

Alles Lüge!

Nur wir selbst können Änderungen herbeiführen.

Dafür wollen wir auch in Münster weiterarbeiten.

So geht's in Münster weiter

Beim nächsten Arbeitstreffen am Mittwoch, 6.8. ab 20 Uhr in der *SPERRE* wollen wir über Amsterdam berichten, Bilanz ziehen und weitere Aktionen planen.

Hierzu sind alle, noch einmal ausdrücklich eingeladen, sich am Bündnis zu beteiligen, auch die Gruppen, die bisher sehr zurückhaltend bis ablehnend reagiert haben.

Gegenwehr lohnt sich und macht Spaß.

In einem breiten Bündnis gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung wird auch in Münster der Wind zum Sturm!

Maria Hamers, Ralf Tieck, Anne Neugebauer, Andrea Milne

Tadellos! Tadellöser! Tadellöser & Wolf! Der Maastrichter Vertrag bekommt ein Beschäftigungskapitel. Endlich zwingt die EU uneinsichtige Regierungs- und Vorstandschefs in die Knie: Kein Europa der Banken! Schluß mit Massenentlassungen und Sozialabbau! Am Ende soll ein Europa stehen, in dem jeder Mensch sagen kann: „Uns geht's ja noch Gold!" Und das beste: Niemand zahlt auch nur einen Pfennig dazu. Die europäische Beschäftigungspolitik finanziert sich allein aus der heißen Luft, die die regierungsamtlichen Blähboys in Amsterdam abgelassen haben. Diese buche man einfach von einem Fonds in den nächsten. Schon entsteht Arbeitsplatz um Arbeitsplatz. Wer an dieses biblische Wunder glaubt, lege in stiller Eintracht mit den politisch Unverantwortlichen die gefalteten Hände in den Schoß. Wer diesem ‚ora für labora' nicht traut, muß wohl weiter (euro-)marschieren.

Foto: Werner Thiel

Ein Kapitel für sich

Eine europäische Beschäftigungspolitik findet nicht statt

Arbeitslosigkeit zu bekämpfen ist nach dem neuen Kapitel über Beschäftigungspolitik im „Vertrag von Amsterdam" nicht mehr ausschließlich Sache nationaler Politik, sondern *„auch eine Angelegenheit gemeinsamen Interesses"*. Die EU soll *„Anreize"* zur Kooperation der Mitglieder in der Arbeitsmarktpolitik geben und diese *„erforderlichenfalls ergänzen"*. Die Mitgliedstaaten müssen Brüssel jährlich über ihre Beschäftigungspolitik berichten. Der Ministerrat beschließt dann mit qualifizierter Mehrheit *„Leitlinien"*, die die Mitgliedstaaten berücksichtigen sollten. Ein *„Beratender Beschäftigungsausschuß"* soll die Koordination in der Arbeitsmarktpolitik voranbringen. In diesen Ausschuß entsenden alle Mitgliedstaaten, aber auch die EU-Kommission, jeweils zwei Mitglieder. Gewerkschaften und Arbeitgeber haben in ihm ein Anhörungsrecht.

So viel zur Dichtung, nun zur Wahrheit: Das Beschäftigungskapitel besteht aus lauter Leerzeilen. Den Text dazu lieferte die Bundesregierung bzw. ihre *Ghostwriters* in den Arbeitgeberverbänden. Die Intention der Autoren: Das *„Oui"* der neuen sozialistischen Regierung Frankreichs zum Euro gewinnen, ohne wirklich *„Jawoll"* zur gemeinsamen Arbeitsmarktpolitik sagen zu müssen.

Die EU darf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur *„Pilotprojekte"* fördern. Pilotprojekte sind keine umfassenden Konjunkturprogramme, sondern allenfalls Tröpfchen auf einen heißen Stein. Konjunkturprogramme kosten schließlich auch zusätzliches Geld, und das bekommt die EU nicht. Die Mittel muß sie ihren Struktur- und Sozialfonds entnehmen. Mit jedem Euro, den die EU in ein Pilotprojekt steckt, frißt sie an anderer Stelle ein Loch. So werden aus *Anreizen* zur Kooperation Anreize zum Kannibalismus. Die EU darf aber dafür ihre „Hausbank", die Europäische Investitionsbank (EIB), um *„Wagniskapital"* bitten. Daß die EIB, deren Geschäftsfeld große Infrastruktur-Projekte sind, Kredite für Arbeitsmarktprogramme vergibt, steht nach Ansicht Bonner Regierungsbeamter (Süddeutsche Zeitung, 18.06.97), nicht zu erwarten. Wenn doch, dann nicht zu Vorzugszinsen. Theo Waigel, der gemeinsam mit den anderen europäischen Finanzministern die Kreditpolitik der EIB festlegt, betont, daß für derartige Kredite keine *„konzessionären"* Gelder, sondern nur normale Darlehen in Frage kommen. Warum eigentlich? – Die EIB macht jährlich zwei Millarden DM Gewinn und hat Reserven von 24 Milliarden DM.

Die EU-Beschäftigungspolitik sollte nicht allein am schnöden Mammon scheitern. Deshalb forderte Kohl für sie das *Einstimmigkeitsprinzip* im Ministerrat, setzte sich aber nicht durch. Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen sind von einem deutschen Vetorecht aber auch nicht weit entfernt. Für eine qualifizierte Mehrheit sind 62 der insgesamt 87 Stimmen erforderlich. Um diese zu verhindern, braucht man also nur 26 Stimmen. Auf Deutschland fallen allein schon zehn. Und wenn der Ministerrat doch einmal eine beschäftigungspolitische Leitlinie beschließt, die unserer Exekutive des Arbeitgeberwillens nicht in die Krämerseele paßt? Die Brüsseler Leitlinien sind nur Empfehlungen. Ihre Umsetzung bleibt den Mitgliedstaaten freigestellt. – Statt eines Fazits noch einmal Vater Kempowski: *Miesnitzdörfer & Jensen!* *uwi*

Münster mit Ermäßigungen hintendran

Was gestern gelernt wurde, kann heute schon überholt sein. „Lebenslanges Lernen" heißt die Devise. 94 % aller Erwachsenen stimmen der Aussage zu, daß jeder bereit sein sollte, sich ständig weiterzubilden. Doch Bildung kostet Geld. Die Volkshochschule in Münster läßt Arbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen für ihren Wissensdurst mehr berappen als die Volkshochschulen in anderen Städten. Wird sie damit ihrem öffentlichen Auftrag gerecht?

Abgehängt? – In puncto günstige Kursgebühren für Menschen mit geringem Einkommen zeigt sich die VHS Münster weniger beweglich als andere Städte. *Foto: Nothnagel*

Volkshochschule für alle!?

Will man sich in Münster bilden, gehört die Volkshochschule (VHS) zu den ersten Adressen. Der gläserne Info-Laden der VHS am Aegidiimarkt läßt Berührungsängste erst gar nicht aufkommen, ebensowenig die freundlichen Mitarbeiter.

„Die VHS ist für alle da!", betont ihr Leiter, Dr. Josef Foschepoth.

Die VHS macht in ihrem Programm auch Angebote für Gruppen, die sonst häufig ausgegrenzt werden.

Einige Beispiele:

Qualifizierung statt Sozialhilfe, Lesen und Schreiben lernen für Deutsche und AusländerInnen und neuerdings das Projekt „Zora" (stadtteilorientiertes Angebot zur Lebens- und Berufsplanung für junge Frauen im Alter von 18 bis 24).

Auch finanziell kommt die VHS den sozial Schwachen Münsters entgegen.

Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfeempfänger zahlen nur 50 % des Kursentgeltes.

Arbeitslosengeldbezieher erhalten 30 % Preisnachlaß.

Jedoch werden für alle Teilnehmer mindestens 1,75 DM pro Unterrichtsstunde angerechnet. Da helfen auch Ermäßigungen nichts.

Andere Städte – weniger Kosten

Vergleicht man Münsters Regelungen mit denen anderer Städte, sieht das Bild nicht mehr so rosig aus.

Mit 30 % Ermäßigung für Arbeitslosengeld-(AG-)Empfänger ist die münstersche VHS einsames Schlußlicht im „Sozialranking" der Volkshochschulen.

Alle anderen befragten Volkshochschulen geben den AG-Empfängern höhere Nachlässe.

Gemeinsam mit den Volkshochschulen in Greven und Warendorf ist Münsters VHS auch bei der Sozialhilfe (SH) „Tabellenletzter".

Andere Volkshochschulen machen SH-Empfängern finanziell attraktivere Angebote.

Das Ruhrgebiet gibt in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel.

Die Sozialkompetenz hat ihr Wohnzimmer eben immer noch im Pott.

Warum Arbeitslose und SH-Empfänger in Münster weniger finanzielles Entgegenkommen brauchen als anderswo, leuchtet nicht ein.

Josef Foschepoth begründet die relativ geringen Ermäßigungen von Münsters VHS damit, daß die entgangenen Einnahmen von keiner Stelle ersetzt würden.

Die Kosten für Sozialtarife müßten deshalb aus dem eigenen Budget bestritten werden.

Höhere Ermäßigungen könne er sich nur vorstellen, wenn dafür Ausfallbürgschaften beispielsweise von der Stadt übernommen würden.

Nichtsdestotrotz schaffen es die Volkshochschulen anderer Städte, höhere Ermäßigungen zu gewähren, ohne dafür die Stadt anpumpen zu müssen.

Zudem bezweifelt Foschepoth, daß mehr Arbeitslose oder SH-Empfänger bei höheren Ermäßigungen an Veranstaltungen teilnehmen würden.

Außer der münsterschen unterscheiden auch viele andere Volkshochschulen zwischen AG- und AH-Empfängern (AH = Arbeitslosenhilfe, *die Red.*). Es ist natürlich richtig, daß AG-Empfänger einen höheren Anteil ihres letzten Einkommens bekommen als AH-Empfänger (67 % bzw. 60 % AG statt 57 % bzw. 53 % AH).

Damit ist noch nichts über die absolute Höhe der Leistung gesagt. Es ist durchaus möglich, daß ein AH-Empfänger am Monatsende mehr erhält als ein AG-Empfänger, weil der AH-Empfänger während seiner Beschäftigung ein höheres Gehalt bekam.

Finanzielle Hürden auf sozialer Rutsche

Darum macht es Sinn, wenn die Gelsenkirchener VHS Ermäßigungen ausschließlich Arbeitslosen gibt, die eine bestimmte Einkommensgrenze unterschreiten. Denn vereinzelt werden auch Manager von ihren Firmen an die Luft gesetzt. Deren Arbeitslosenunterstützung dürfte aber um einiges von der Armutsgrenze entfernt sein, so daß sie sich auch ohne Hilfe die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen leisten können.

Aber für die allermeisten Arbeitslosen ist das soziale Netz keine bequeme Hängematte.

Gerade für sie sollten die finanziellen Hürden für den Besuch eines Kurses gesenkt werden.

Die Differenzierung von Arbeitslosen, die noch Arbeitslosengeld bekommen und Arbeitslosen, die auf der sozialen Rutsche schon ein Stück nach unten geglitten sind und nur noch Arbeitslosenhilfe beziehen, hat Folgen, die sich in Mark und Pfennig ausdrücken.

Zwei Rechenbeispiele:

1. Für einen Englischkurs, der ohne Ermäßigung 100 DM kostet, zahlt der AH-Empfänger 50 DM, während der AG-Empfänger mit 70 DM zur Kasse gebeten wird.

2. Will jemand am Computerkurs „Word für Windows" teilnehmen, werden ohne Ermäßigung 136 DM fällig, für AH-Empfänger 68 DM und für AG-Empfänger 95,20 DM.

AG-Empfänger müssen also, unabhängig davon, wie hoch ihr Arbeitslosengeld tatsächlich ausfällt, im ersten Beispiel 20 DM mehr bezahlen als Bezieher von Arbeitslosenhilfe, im zweiten Beispiel sogar 27,20 DM.

Ermäßigungen der Volkshochschulen für EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld (AG), Arbeitslosenhilfe (AH) und Sozialhilfe (SH)

	1.AG-Empfänger	2.AH-Empfänger	3.SH-Empfänger
Münster	30 %	50 %	50 %
Bielefeld	50 %	75 %	75 %
Bottrop	2 Kurse gratis, jeder weitere 50 %	wie 1.	wie 1.
Duisburg	ca. 50 %	20–30 DM Verwaltungsgebühr	wie 2.
Gelsenkirchen	1 Kurs gratis, jeder weitere 50 % (nur für Arbeitslose mit weniger als 1.400 DM pro Monat)	wie 1.	wie 1.
Greven	50 %	50 %	50 %
Minden	Bildungsgutschein à 50 DM	Bildungsgutschein à 50 DM, alle weiteren Kurse 50 %	wie 2.
Oberhausen	50 % (aber Verwaltungsgebühr von 10–20 DM)	100 %	100 %
Recklinghausen	50 % (nur für Arbeitslose mit geringen Einkünften)	50 %	5 DM Gebühr
Warendorf	50 %	50 %	50 %

Bratwurstbude für Bildung?

Ist Bildung eine Ware, die eben ihren Preis hat? Arbeitslose und SH-Empfänger müssen für eine Bratwurst auf dem Weihnachtsmarkt schließlich auch den vollen Preis zahlen und bekommen keine 50 % Rabatt.

Bratwurstbuden erhalten allerdings auch keine öffentlichen Zuschüsse, die VHS in Münster dagegen schon: jährlich etwa 2,2 Mio. DM aus dem Stadtsäckel und 1,2 Mio. DM vom Land. Damit wird über die Hälfte des Budgets der VHS aus den öffentlichen Haushalten finanziert.

Es gibt zwar kein formelles Recht auf Weiterbildung, allerdings liegt es im Recht auf Persönlichkeitsentfaltung und im Interesse einer demokratischen Gesellschaft, daß alle Bürger Zugang zur Weiterbildung haben. Deshalb kommt Ludwig Petry, der Bildungsplaner im Düsseldorfer Kultusministerium, zu dem Schluß, daß „Bildungskosten auch Demokratiekosten" sind.

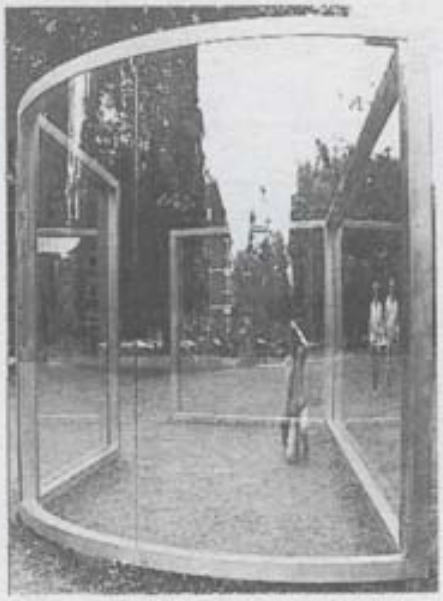
Jedoch beklagt der Leiter der Gelsenkirchener Volkshochschule, Ulrich Jung, daß einerseits Weiterbildung zunehmend wichtiger wird, aber andererseits Zielsetzungen wie demokratische Teilhabe oder Chancengleichheit dabei immer weniger berücksichtigt werden.

Es kann darüber gestritten werden, inwieweit dies auch auf Münster zutrifft. Josef Foschepoth bestätigt diese Tendenz für seine VHS nicht. Der Vergleich mit anderen Volkshochschulen macht es schwer, ihm zuzustimmen. *cb*

„Mens sana in corpore sano." – Diese gußeiserne Dame vor dem Gebäude der VHS Münster beweist Sportsgeist. Wer sich Bildung nicht leisten kann, sollte wenigstens seinen Körper trainieren: Seilhüpfen kostet nichts, ist gesund und hilft einem, über manche Hürden hinwegzuspringen – finanzielle Hürden jedweder Art natürlich ausgenommen. Foto: Nothnagel

Einfache Rezepte für mehr Arbeitsplätze

Maggi-Kochstudio und Focus-Nachrichtenmagazin haben eins gemeinsam: die schnelle Küche. Dort rühren merkwürdig viele Köche ihre Breie aus spärlichen Zutaten an, gepriesen als fixes Essen von den einen, als fixe Info von den anderen. Das Focus-Menü „Arbeit wäre genug da ..." tischt auf: statt eines Tellers voller Freude nicht mehr als eine heisse Tasse Fadenscheinigkeit.



Wen genau meint der Reader zur Skulptur. Projekte 1997 mit diesem Markwortes? „... in einem Schwebezustand halbierter Wirklichkeit versetzt" Besucher des Fun House oder Focus-Leser? Skulptur. Projekte in Münster 1997: Fun House, Dan Graham.
Foto: Nothnagel

Willkommen im Focus-Abkochstudio

Ein komplettes Rezeptheft *„Was jetzt getan werden muß"* hielt Focus Nr. 11/97 im März bereit. Schön verteilt auf acht Seiten, häppchenweise, mit dem Kranz aalglatter Zutaten.

Man nehme:

Lohnverzicht

An erster Stelle werden, unter Berufung auf das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, steigende Löhne beklagt, und damit die vertane Chance auf eine halbe Million Arbeitsplätze.

Am Punkt vorbei: Für die Mehrzahl der Beschäftigten ist in den letzten Jahren nicht einmal der Inflationsausgleich drin gewesen. Gehaltssteigerungen weit über dieses Maß hinaus konnten sich nur besonders leistungs(un)fähige Berufsgruppen gutschreiben, z. B. die Führungskräfte von Verbänden mit + 3,5 % für 1996.

Von überbezahlten Top- und Flop-Managern ebenso wie vom politischen Stand ganz zu schweigen.

Man nehme:

Flexiblere Arbeitszeiten

Prima, da können doch gerade Frauen Kind und Job ideal kombinieren, und 800.000 neue Stellen winken. Teilzeitstellen mischen die Autoren noch dazu.

Am Punkt vorbei: Die mit individuell ausgehandelten Arbeitszeiten einhergehenden Teilzeit- und Freizeitmöglichkeiten haben sich bisher als Illusion erwiesen, Ausnahmen wie VW können da nicht trösten. Angestellte müßten auf Abruf bereitstehen, damit Firmen nach ihrem Gusto auf die Ertragslage reagieren können.

Die Frage sozial nicht abgesicherter Stellen oder solcher, mit denen frau nicht mal ihre Existenz, geschweige denn ihre Freizeit, sichern kann, bleibt außen vor. Ebenso der Ansatz, gerade bei Hochverdienern endlich Stellen zu teilen.

Man nehme:

Weniger Lohnnebenkosten

Sparmaßnahmen, die Focus leider nicht benennen kann, würden in drei Jahren zu 100.000 neuen Beschäftigten je Prozentpunkt Senkung führen. Das bedeutet nämlich Anreize für die Unternehmer!

Am Punkt vorbei: Gleich mehrere Prozentpunkte brächte die Verteilung allgemeinstaatlicher Aufgaben von den Beschäftigten-Schultern, sprich Sozialkassen, auf alle Gesellschaftsgruppen. Doch um den Lockvogel „Entlastung durch die Steuerreform" bis ins Wahljahr zu retten, wird dieser Reformbrocken seit Jahren geschickt umflogen.

Deutschlands Lohnnebenkosten spielen weltweit allenfalls im Mittelfeld – ganz anders als die Profikicker-Honorare. Die besten Anreize für Unternehmer sind allerdings Profite. Und die gibt es heutzutage auch nur bei entsprechenden Märkten – hierzu wiederum braucht's Kaufkraft selbst im eigenen Ländle – und fähige Firmenführungen. Beides seit einiger Zeit Mangelware.

Die Diskussion um die Aufwertung von Ehrenämtern macht noch deutlicher, daß selbst in teils miserabel honorierten sozialen Tätigkeiten niemand mit profitablen Gewinnzonen rechnet. Selbst wenn sich öffentliche Arbeitgeber bis zur Unkenntlichkeit aus ihren Aktivitäten zurückziehen.

Man nehme:

Vereinfachte Vorschriften

Bund, Länder und Gemeinden werden ob ihrer 100.000 Regelwerke angeklagt, notwendigen unternehmerischen Freiraum zu beschneiden – und damit bereits fünf Mio. Arbeitsstellen bereits vor ihrer Erschaffung gemeuchelt zu haben.

Am Punkt vorbei: Behördliche Deregulierung contra Machterhalt – diese vereinfachte Rezeptur kann nicht aufgehen. Die international vielleicht bestbeleumundete Rechtstaatlichkeit dieses unser aller Landes bringt zwangsläufig ein gerüttelt Maß an Gesetzes-, Verordnungs- und Normenrattenschwänzen mit sich. Rechtssicherheit, und zwar für jede(n) einzelne(n), liegt dem zugrunde. Wie wenig selbst dies gelingt, zeigen die zunehmenden Anrufungen höchster Gerichte. Umso schwieriger, den andererseits vom bürokratischen System hochgeschauketen Wildwuchs dingfest zu machen.

Krasse Beispiele, wie die einzigartige Schutzgarantie der Schornsteinfeger-Kehrbezirke, dienen nur als Appetithäppchen am Rande. Doch da war noch die Frage nach den wahren Werten: Bio- und Gentechnik ohne Ethik – müssen wir auf diesen Zug springen? In puncto Umweltstandards sind angesichts der Wirtschaftskrise die Trittbrettfahrer längst ohne Maske abgesprungen.

Billige Beilagen –

Brechreiz-Geschmack

Dasselbe Grundmenü, mit betonter Überstundenabbau-Note, führte der bundesarbeitsanstaltliche Werksküchenleiter Bernhard Jagoda zuletzt Ende Juli der gähnenden Öffentlichkeit vor. Als letzter Hoffnungsfahnenträger der Regierungs-Politikiade schob er die „Halbierung der Arbeitslosenzahl" à la carte wieder mal ein paar Jahre in die Zukunft.

Focus reicht zur Menümasse – jeder achte Erwerbsfähige ein Arbeitsloser – mundgerecht die Risikogruppen: Ältere, Bauarbeiter und Geringqualifizierte. Nichtsdestotrotz werden ungelernte „Arbeiten, die es noch gar nicht gibt", gleich auf der Gegenseite hochgejubelt. Nur die „fehlende Servicekultur", im Text unverblümter die „Unlust zu dienen", behindere den Raketenstart von Schuhputzern, Einkaufstütenpackern und Dienstburschen. Schließlich verlangten zahlreiche gut- oder

doppelverdienende Haushalte danach. Auf wessen Rücken die wohl ihre Verdienste einfahren ...? Auch die „Jobmaschine Freizeit" wird in erster Linie für die Konsumenten heißlaufen, die ihre Erbschaften und Aktien- oder Vermögensgewinne verbrezeln; die anderen kommen immer öfter unter ihre Räder, wo sie die restlichen Brosamen gnädig aufpicken dürfen.

Zitiert wird gern das händeringende Unverständnis über Arbeitskräftemangel aus Branchen, die, seien sie noch so wichtig, immer mehr im Schatten dämmern (Bäckerhandwerk) oder deren Zukunftsaussichten von Insidern weit unter den grünen Klee gelobt werden (Multimedia). Für einige andere Wirtschaftszweige läßt sich nur feststellen: Die passenden Leute gibt's einfach nicht, denn – hört, hört – es soll auch ebenso verschieden geeignete Menschen wie Tätigkeiten geben.

Garnierung:
Für den Hinterkopf

Das Unterbewußtsein ißt mit. Also noch würzig verziert, damit die Stimmung stimmt. „Bequem, fehlqualifiziert, zu teuer" – vernichtendes Urteil gleich zum Auftakt über Millionen Mitmenschen, die Arbeit suchen. Kein Wunder, daß die auch noch mehr kassieren als die bekannten rund 60 % vom letzten Netto: Das Arbeitsamt begleicht auch (zu 80 %) die Sozialversicherung. Macht inclusive der staatlichen Einnahmeverluste für den als Modell erkorenen Single mit vorher 5.000 Mark brutto 58.214 DMchen.

Könnte er gut von leben, wenn es ihn gäbe – und wenn ihm real nicht nur 20.000 Mark Arbeitslosengeld blieben.

Und schließlich: Die Sätze der Lohnersatzleistungen sind ja wohl unter Berücksichtigung der Beitragsausfälle kalkuliert worden.

Es ist angerichtet:
Bon appetit!

Das Dessert des Versagens: Deutschland abgeschlagen im Balkendiagramm der von 1970—96 hinzugekommenen Jobs. Bitte nicht nachkochen, da die völlig undurchsichtige Rezeptur nur abgeschmackt ankommt. Weder Basis, Bezugsgröße noch Qualität der Arbeitsplätze sind aufgelistet.

Als Digestif nur mal so nachgefragt: Wie geht das eigentlich zusammen, im gleichen Heft neben dem Titel „Arbeit wäre genug da ..." mit Teil 3 der großen Börsenserie „Kursgewinne sichern – steuerfrei kassieren!" aufzumachen? Eigentlich ganz gut, wie Börsen-Insider offen bestätigen: Erst die 4,7 Millionen ohne Job – und entsprechende Zukunftserwartungen der Unternehmen – lassen das Börsenparkett immer wieder unter neuem Rekordfieber erbeben.

Auf Wiedersehen im FOCUS-Abkochstudio! *nodi*

Im Bewerbungskosten-Karussell gibt es für Arbeitslose immer seltener Freifahrten.
Skulptur. Projekte in Münster 1997: Auto Office Haus, Kim Adams. Foto: Wiedenstried

Selbstzahler bevorzugt

Arbeitsförderung verkehrtherum: Schon durch die faktische Streichung der Bewerbungskosten-Zuschüsse müssen Stellensuchende in Münster kräftig draufzahlen (*SPERRE* 2/97). Weitere finanzielle Fallstricke bei Vorstellungsgesprächen stellt die Arbeitsverwaltung in stiller Eintracht mit den Arbeitgebern – mit versehentlich (?) „linker" Rechtsbelehrung.

Leistung entscheidet – und muß sich lohnen. Ein hehrer Grundsatz. Hört sich gut an, § 53 Arbeitsförderungsgesetz: Aus „Mitteln zur Förderung der Arbeitsaufnahme" können (!) Bewerbungs- und Reisekosten zu einem Vorstellungsgespräch bezuschußt werden – Antrag mit den Auslagen und Belegen vorausgesetzt.

Feine Unterschiede – grobe Haken

Der Unterschied: Bewerben darf man sich ohne Zustimmung des Arbeitsamtes, zum Reiseantritt für die Vorstellung bedarf es dessen Okays. Wieso? – Zumal die Einladung selbst erarbeitet wurde und amtlicherseits kaum nachvollziehbar zu beurteilen sein dürfte. Konsequenz: Ohne seiner Arbeitsvermittlung die Möglichkeit zum Häkchenmachen eröffnet zu haben – (noch mehr) Geld adé.

Für Fallstrick Numero zwo bemüht die amtliche Ablehnung gern weitere Gesetze und Gerichtsentscheide. Von denen scheinen auch zahlreiche Arbeitgeber nichts zu wissen. V. a. von der Selbstverständlichkeit, daß der Einlader für die mit der Vorstellung verbundenen Kosten aufkommen muß (§ 670 Bürgerliches Gesetzbuch [BGB]). Lehnt der Arbeitgeber nicht ausdrücklich eine Erstattung ab oder bietet eine andere als die übliche an, kann der Vorstellungsreisende von dessen Pflichterfüllung ausgehen.

Guter Glauben – böses Erwachen

Schon tappen Gutgläubige in die Falle: Nicht vorher dem Arbeitsamt Bescheid gegeben – unerwartet keine Reisekosten vom Stellenanbieter – Ablehnungsbescheid für Reisekosten von der Behörde. Die schreibt dann obendrein, daß sie den Einlader nur dann aus der Erstattungspflicht gemäß BGB entlassen sieht, wenn der Bewerber mit ihm eine abweichende Vereinbarung getroffen hätte. Klartext: Ob abgesegnet oder nicht, das Amt zahlt nur, wenn der Arbeitgeber sich mit vorheriger Billigung davongestohlen hat. Risiken trägt allein der Bewerbende. Schade nur, daß das aufgeführte Urteil des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) die falsche Nummer hat.

Wenn BAG 5 AZR 433/87 vom 29.06.1988 gemeint war: Es stellt lediglich fest, auch für Einladungen durch vom Stellenanbieter Bevollmächtigte, z. B. Unternehmensberater, besteht die Kostenersatzpflicht. Die Klärung etwaiger Erstattungsprozeduren, die von BGB § 670 abweichen, wird dem Anreisenden nicht auferlegt.

Dieses auf Spiel-, Satz- und Matchverlust programmierte juristisch hanebüchene Doppel mutet Stellensuchenden zu, sich mit bohrenden Nachfragen schon im Vorfeld des Vorstellungsgesprächs aus der engeren Kandidatenliste zu katapultieren.

Der Arbeitgeber braucht nicht zu müssen, – zumindest nicht das zahlen, was er sollte. Draufzahler finden sich sicher genügend. Und besonders schön: die Erkundungshilfe von Amts wegen, wer zu Sonderopfern bereit ist – oder schlicht sein forderndes Maul hält. Verzicht als höchste Tugend der Flexibilität.

Eigener Einsatz – fremde Federn

Ein weiteres Indiz für das schlechte Ansehen der Eigeninitiative? – Bitte sehr: Wer sich auf ein Stellenangebot aus der sis-Datenbank bewirbt, auf dem ein Arbeitsamt als Arbeitgeber firmiert, kann sich leicht verschaukelt fühlen. Das Amt trifft für den Arbeitgeber die Vorauswahl, und wird die Bewerbung weitergereicht, gibt's von der Arbeitsvermittlung noch ein Stellenangebotsformular gratis dazu. Mit der dringende Bitte, geflissentlich den Ausgang der Bewerbung mitzuteilen – ganz so wie bei einem Vermittlungsversuch, der statt aus der Initiative des Suchenden auf dem Mist der Verwalter erwachsen wäre.

Reines Buchungs-Kunststückchen!

Beim Arbeitsamt gilt offenbar: Verwaltung vor Förderung. Nötigenfalls zieht man sich etwas zum Verwalten an den Haaren herbei. Hier liegen die Ansatzpunkte für wirkungsvolle Reformen des Arbeits(förderungs)rechtes. *nodi*

Janis Joplin hat vom lieben Gott keinen Mercedes bekommen. Auch Olaf Kluge muß seinem Vermieter keinen Daimler finanzieren.* Das Amtsgericht Münster verurteilte den Vermieter wegen Mietpreisüberhöhung zu einem Bußgeld von 7500 DM. Paul Demel vom MieterInnenschutzverein, der das Verfahren in Gang brachte, war dabei:

Muß es denn wirklich eine Nobelkarosse aus Sindelfingen sein, Janis? Tut's nicht auch ein schlichtes „Model T"? – Skulptur. Projekte in Münster 1997: 32 cars for the 20th century, Nam June Paik.

Oh Lord, won't you buy me ...?

Foto: *Wiedenstried*

In der Gerichtsverhandlung schilderte Olaf Kluge noch einmal die Situation, als er im Herbst 1992 das Zimmer anmieten wollte.

„Ich bin zusammen mit meinem Vormieter zum Hausverwalter gegangen, dem Sohn der Vermieterin. Er wollte von mir 450 DM Warmmiete für das 14 m² große Altbauzimmer. Mein Vormieter hatte nur 340 DM gezahlt. Ich habe überrascht nachgefragt, ob es nicht etwas weniger sein könne. Der Verwalter meinte aber, mit ihm könne man über alles reden, nur nicht über Geld. Ich solle doch 'mal aus dem Fenster gucken. Der Mercedes da draußen müsse doch irgendwovon finanziert werden."

Amtsrichter Derks: „Mußten sie das teure Zimmer denn nehmen?"

„Ich kam von einem Auslandsaufenthalt zurück und hatte keine Bleibe. Wegen der Wohnungsnot war kaum was zu bekommen."

Mietwucher?

Das sah der Staatsanwalt genauso und beantragte eine Verurteilung nicht nur wegen Mietpreisüberhöhung, sondern wegen Mietwuchers.

Mietpreisüberhöhung ist eine Ordnungswidrigkeit (etwa wie Falschparken, das Bußgeld ist nur erheblich höher).

Der Mietpreis gilt als überhöht, wenn der Vermieter bei Wohnungsnot eine Miete verlangt, die mehr als 20 % über der üblichen Miete liegt.

Mietwucher ist eine Straftat und kann mit Geld- oder sogar Freiheitsstrafe bestraft werden.

Mietwucher liegt vor, wenn der Vermieter eine Zwangslage des Mieters ausnutzt und eine Miete verlangt, die mehr als 50 % über der üblichen Miete liegt.

„Der Angeklagte hat die Zwangslage Herrn Kluges ausgenutzt", erklärte der Staatsanwalt. „Er hat sogar darauf verwiesen, daß er ohne weiteres zehn andere Miet-Interessenten hätte, wenn Herr Kluge die hohe Miete nicht zahlen wolle. Die Miete liegt nach meinen Berechnungen 89 Prozent über der üblichen Miete. Wann soll denn ein Mietwucher vorliegen, wenn nicht hier? Ich beantrage eine Geldstrafe von 15.000 DM."

Geld oder Mutterliebe?

„Geld oder Mutterliebe", dachte sich da wohl der Angeklagte:

Aus „Ritterlichkeit" habe er bislang seine Mutter herausgehalten und alles auf sich genommen. Auf Anraten seines neuen Anwalts müsse er jetzt jedoch die Wahrheit sagen: Er habe ausschließlich auf Weisung seiner in Spanien lebenden Mutter gehandelt. Die habe die Miethöhe ganz allein festgesetzt und auch ganz allein die Miete bekommen.

Hier hätte sich jetzt die Frage aufgedrängt, wie das denn zu seiner Bemerkung über die Finanzierung des Daimlers vor seiner Haustür passe.

Amtsrichter Derks war jedoch der „gute Stern" ebenso schnuppe wie die angebliche Ritterlichkeit. Er orientierte sich an den Fakten:

„Der Angeklagte hat jedenfalls bei den Vertragsverhandlungen die überhöhte Miete von Herrn Kluge verlangt. Damit hat er den Tatbestand der Mietpreisüberhöhung verwirklicht." Mietwucher läge nicht vor. Dazu sei nicht klar genug geworden, ob Olaf Kluge sich in einer ausgesprochenen Zwangslage befunden habe.

Qual der Wahl

Allerdings hat der Angeklagte damit jetzt nicht nur das Bußgeld und die Verfahrenskosten am Hals, sondern auch die Qual der Wahl: Berufung oder nicht.

Mit einer Berufung riskiert er, daß ihn das Landgericht doch noch wegen Mietwuchers bestraft.

Weitere Bußgelder?

Ausgesprochen interessiert nahm auch Herr Woltmann, Vertreter des Wohnungsamtes, das Urteil auf – ebenso wie mehrere anwesende Mitbewohner von Olaf Kluge.

Eine ganze Reihe von ihnen hatten ebenfalls Anzeige wegen Mietpreisüberhöhung beim Wohnungsamt gestellt und auf den Ausgang dieses Musterverfahrens gewartet. Dem Angeklagten drohen jetzt weitere Bußgelder wegen der anderen überteuerten Einzelzimmer.

Richter Derks riet dem Angeklagten in der mündlichen Urteilsbegründung auch dringend, sich mit den anderen Mietern des Hauses wegen Mietrückzahlungen usw. gütlich zu einigen, damit es nicht noch zu weiteren Bußgeldverfahren gegen ihn komme.

Womöglich muß er sonst noch seinen Benz verkaufen. *pade*

***Zur Vorgeschichte dieses Falles siehe *SPERRE* 2/97**

Lärm, Dreck, unbezahlbare Mieten – mit Hilfe moderner Kunst lösen sich selbst hartnäckigste Wohnprobleme. Skulptur. Projekte in Münster 1997: Hausfreund II, Atelier von Lieshout. Foto: Nothnagel

Zur Zeit werden in Münster viele ältere Wohnungen modernisiert: Z. B. im Herz-Jesu-Viertel und an der Gartenstraße durch die *Wohn- und Stadtbau*, in Kinderhaus von der *Wohnungsgesellschaft Münsterland*. Oft freuen sich die Mieter erst einmal über Verbesserungen wie Zentralheizung, Isolierglasfenster und ähnliche Maßnahmen.

Der Traum vom „schöner Wohnen" vergeht leider oft in einem Alptraum von Lärm, Dreck und unbezahlbaren Mieterhöhungen. Sie können sich schützen:

Ankündigung zwei Monate vorher

Der Vermieter muß die Modernisierung zwei Monate vor Beginn schriftlich ankündigen und genau aufschlüsseln:

- welche Arbeiten detailliert nach Art und Umfang anfallen,
- zu welchem Datum begonnen wird,
- wie lange die Arbeiten dauern,
- wie sich die spätere Mieterhöhung zusammensetzt.

Die Angaben müssen eine genaue Vorstellung ermöglichen, wie Ihre Wohnung nachher aussieht. Die vorgesehene Mieterhöhung müssen Sie zumindest rechnerisch nachprüfen können. Größere Wohnungsunternehmen ersparen sich oft den Aufwand genauerer, detaillierter Angaben für die einzelne Wohnung. Eine Ankündigung ist dann unwirksam. Sie müssen die Modernisierung dann nicht dulden.

Reparaturen sind keine Modernisierung

Modernisierungen sind Maßnahmen, die den Gebrauchswert der Wohnung nachhaltig erhöhen oder die Wohnverhältnisse auf Dauer verbessern. Dazu zählen Energiesparmaßnahmen – nicht jedoch Reparaturen und bloße Erneuerungen alter Teile: Sie sind bereits mit der normalen Miete abgegolten und dürfen nicht zu Mieterhöhungen führen. Werden z. B. die alten Fliesen im Bad gegen neue ausgetauscht, ist das keine Modernisierung.

Vermieter versuchen häufig, Reparaturen als Modernisierung auszugeben, um die Kosten auf die Miete umzulegen.

Einverständnis nicht erforderlich

Unterschreiben Sie keine Einverständniserklärung! Sie müssen es nicht. Häufig enthalten sie Klauseln, die Rechte der Mieter beschränken sollen, z. B. das Recht auf Mietminderung wegen der Belästigung durch die Bauarbeiten. Außerdem verlangen Einverständniserklärungen häufig die Zustimmung zu einer vorläufigen Mieterhöhung (vor der Schlußabrechnung!) – ebenso unzulässig.

Die den Wohn-und-Stadtbau-Mietern im Herz-Jesu-Viertel vorgelegte Einverständniserklärung enthält zahlreiche solcher rechtlichen Fehler. Trotz Unterschrift kann ein Mieter sich noch auf seine Rechte berufen. Einverständniserklärungen sind oft derartig rechtswidrig, daß sie vor Gericht als unwirksam erachtet werden.

Widerspruchsrecht bei Härten

Mieter müssen die geplante Modernisierung nicht dulden, wenn diese eine unzumutbare Härte darstellt. Das ist in der Regel der Fall, wenn

- die Mieter die zu erwartende Mieterhöhung nicht aufbringen können (Ausnahme: Die Wohnung wird nur in einen Zustand versetzt, der bei Wohnungen in diesem Alter ohnehin üblich ist),
- eine teure „Luxusmodernisierung" vorliegt,
- die Mieter selbst die Wohnung mit Zustimmung des Vermieters modernisiert haben (z. B. durch den Einbau einer Gas-Etagen-Heizung),
- die Arbeiten kurz vor dem Auszug der Mieter oder im Winter (etwa beim Auswechseln der Fenster oder der Erneuerung der Heizung) geplant sind,
- einer oder mehrere der Bewohner krank, alt, gebrechlich oder schwerbehindert sind, so daß Schmutz, Lärm oder ein zeitweiliger Umzug nicht zumutbar sind.

Wer Widerspruch gegen eine Modernisierung eingelegt hat, sollte auf keinen Fall Handwerker in der Wohnung arbeiten lassen. Dies kommt der Duldung der Modernisierung gleich.

Mieterhöhung

Nach abgeschlossener Modernisierung darf der Vermieter 11 % der Kosten auf die Jahresmiete umlegen, praktisch also fast 1 % pro Monat. Wurde die Modernisierung mit öffentlichen Mitteln gefördert, so sind die Zuschüsse vor der Berechnung der neuen Miete abzuziehen.

Ersparte Reparaturkosten muß der Vermieter vorher ebenfalls abziehen. Beispiel: Die Instandsetzung der alten, morschen Fenster hätte ihn 2.000 DM gekostet. Er läßt aber neue Isolierglasfenster für 5.000 DM einbauen. Von diesen Kosten muß er die ersparten 2.000 DM abziehen; so bleiben für die Mieterhöhung pro Jahr 11 % von 3.000 DM anrechenbar.

Die Mieterhöhung muß schriftlich ergehen, die Baukosten aufschlüsseln und den Anteil Ihrer Wohnung vorrechnen. Vorher auf keinen Fall zahlen! Eine rückwirkende Mieterhöhung ist unzulässig.

Schutz vor Kündigung

Eine Kündigung des Vermieters zum Zwecke der Modernisierung ist grundsätzlich unzulässig!

Modernisierung – Segen mit Pferdefuß

Natürlich sind verbesserte Wohnverhältnisse in Altbauten zu begrüßen. Doch: Je mehr Häuser in einer Stadt modernisiert werden, um so mehr steigen die Mieten, um so höher wird die ortsübliche Vergleichsmiete. Mit dieser lassen sich dann weitere Mieterhöhungen rechtfertigen. Vor allem für sozial Benachteiligte, die nicht selten aus ihren Wohnungen „rausmodernisiert" werden, wird es immer schwieriger, bezahlbare Wohnungen zu finden.

Deshalb sollten Mieter ihre Rechte voll ausschöpfen – selbst dann, wenn sie mit der Maßnahme einverstanden sind. *pade*

Verantwortlich für den Inhalt: MieterInnenschutzverein e. V., Achtermannstr. 10, 48143 Münster.

KLARA e. V.

Frauen in Ausbildung, Studium und Beruf

Clara Zetkin ist die Namenspatronin von KLARA e. V. Foto: *Bundesarchiv Koblenz*

Persönliche Erfahrungen mit den Höhen und Tiefen eines Studiums und Examensabschlusses sowie mit dem Einstieg ins und dem angestrebten Aufstieg im Berufsleben brachten einige Frauen auf die Idee, eine inhaltliche und strukturelle Unterstützungsarbeit für Frauen anzubieten.

Einige Frauen, das sind insbesondere Biggi, Dunja und Ruth, die vor kurzem ihre Magistra-Abschlüsse gemacht haben und direkt in das Berufsleben eingestiegen sind. Fürs zweite Halbjahr planen sie verschiedene Veranstaltungen und offene Sprechstunden, in denen u. a. folgende Fragen um Studium und Beruf behandelt werden können:

- Computerkurse für Frauen
- Forum für Examensarbeiten
- Frauen im Examen mit Kind
- Schreibmaschinenkurse
- Selbstsicherheitstraining
- Auswertung von Stellenanzeigen
- Bewerbungstrainig
- Rhetorik für Frauen
- Berufswechsel, Aufstiegsmöglichkeiten, Selbständigkeit
- Frauen, Geld und Steuern
- Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Arbeitsrecht
- Frauen und Handwerk
- Frauen und Gesundheit etc.

KLARA e.V. wendet sich nicht nur an Akademikerinnen, sondern an alle interessierten Frauen, egal welchen Alters. KLARA e.V. ist es außerordentlich wichtig, unterschiedliche Frauen mit ihren vielen Erfahrungen zusammenzubringen, um einen fruchtbaren Austausch im Bereich Ausbildungsabschluß und Berufsart zu ermöglichen.

Es ist geplant, wirklich bedürftigen Frauen über die Vereinskasse die Möglichkeit zu schaffen, an Veranstaltungen teilzunehmen bzw. geringere Beiträge zu zahlen.

Informationen:
KLARA e.V. – Ruth Wilhelmi,
Tel.: (02 51) 3 56 31. *Anne Neugebauer*

Zehn Jahre Frauenbüro Münster

Das Frauenbüro der Stadt Münster feierte am 17. Juni sein zehnjähriges Bestehen. Gerade weil Diskriminierung und Geschlechterrollenfixierung immer noch fester Bestandteil patriarchaler Politik – auch hier in Münster – sind, bleibt dieses Büro unverzichtbar.

Schauspielerin Ella Huck zog als Königin im grünen Festgewand moderierend und kommentierend durch die Reihen.

Ohne Frauen ist keine Stadt zu machen

Das Frauenbüro der Stadt Münster hat in anfänglich nicht ganz einfacher, aber immer engerer Zusammenarbeit mit (autonomen) Frauengruppen, Frauenverbänden und mit vielen engagierten Frauen die gemeinsame Sache der Frauen vorangebracht.

Wenn heute
- Gewalt gegen Frauen und sexueller Mißbrauch von Kinder keine Tabuthemen mehr sind,
- die Frauengruppen und feministischen Projekte sich einer finanziellen Unterstützung der Stadt sicher sein können,
- junge Mädchen mehr Informationen und Beratung erhalten,
- Frauenförderung im Beruf ein Thema ist,
- sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz angesprochen werden kann,
- bei der Stadtplanung auch die Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt werden,
- Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf nach der Familienphase unterstützt werden,

dann ist dies unter anderem auch auf die engagierte Arbeit der Mitarbeiterinnen des Frauenbüros zurückzuführen.
Für die Zukunft auch von unserer Seite die besten Wünsche, Durchsetzungsvermögen und manchmal auch etwas mehr Biß, damit in unserer Stadt auch
- die den Frauen durch Sozialabbau aufgebürdeten Lasten,
- die Lebenssituation lesbischer Frauen oder beispielsweise
- die Umsetzung der UN-Beschlüsse für Frauen (z. B. Lokale Agenda)

stärker ins Blickfeld städtischer Politik und gesellschaftlicher Veränderung gerückt wird.

Anne Neugebauer

Martina Arndts-Haupt, Leiterin des städtischen Frauenbüros, gab den ca. 300 Jubiläumsgästen einen kleinen Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre. Fotos (2): *Nothnagel*

Die Broschüre *„Ohne Frauen ist keine Stadt zu machen. Zehn Jahre Frauenbüro Münster"* ist in der Bürgerberatung und im Frauenbüro erhältlich, Tel.: 4 92 - 17 00; Fax: 4 92 - 77 74.

SPONSOREN

An alle Sponsoren und die, die es werden wollen: Zeitung machen ist teuer. Deshalb freuen wir uns über jede Unterstützung. Wir bedanken uns bei:

COPY-SHOP am Theater GmbH
Neubrückenstraße 50-52
netz
Vorländerweg 28
terracamp GmbH
An der Hansalinie 17
SC Preußen 06 e. V. Münster
Am Berg Fidel 7

Ab einer Spende in Höhe von 20,– DM wird der/die SpenderIn namentlich in der nächsten Ausgabe der *SPERRE* genannt. Spenden für die *SPERRE* und damit an ihren Träger *„Arbeitslose brauchen Medien e.V.'* sind steuerabzugsfähig. Eine Spendenquittung stellen wir auf Wunsch gern aus.

Trekking

Bergsport

Camping
Alles für
Wandern & Bergsport
Trekking & Camping
Reiseausrüstungen
Zentrale:
An der Hansalinie 17, 48163 Münster,
Tel.: 02 51 / 71 93 66
Fax: 02 51 / 71 93 64
Stadtfiliale:
Aegidiimarkt 7, 48143 Münster
Tel.: 02 51 / 4 57 77

Schluß jetzt!!! – Aktionen gegen Sozialabbau

Eine Broschüre unter diesem Titel dokumentiert die Aktionen des „Autonomen Frauenplenums Münster" gegen die Kahlschlagspolitik und zu den Euro-Märschen. Erhältlich gegen eine Schutzgebühr von 3 DM bei: Schwarze Witwe, Achtermannstr. 10–12, 48145 Münster, Tel.: (02 51) 51 11 95.

Fotokurs geht in die zweite Runde

SPERRE im FOCUS

Das erste Mal lief's noch sehr holprig. Doch nun steht es, und auch der erste Probelauf kam fast ohne größere Katastrophen aus. Es ist soweit! – In der *SPERRE* gibt es nun ein eigenes Fotolabor.

Es können Filme entwickelt und Abzüge gemacht werden; alles klassisch in Schwarzweiß. Natürlich schicken wir niemanden auf's Glatteis oder werfen ihn ins kalte Wasser. Nein, es gibt sogar die Möglichkeit, einen passenden Fotokurs zu besuchen. Während der ersten Termine befassen wir uns mit den verschiedenen Kameratypen – von einfachen Kompaktgeräten bis hin zu High-Tech-Spiegelreflexkameras. Wir besprechen die Grundlagen in der Fotografie, wie Blende, Zeit, Bildgestaltung und -aufbau und anderes. Wir gehen auf die einzelnen Probleme, die beim Fotografieren entstehen können, ein und geben Hilfestellung. Eventuell kann bei Interesse auch ein Außentermin zum gemeinsamen Fotografieren vereinbart werden. Sind die Filme belichtet, geht es ans Eingemachte. Die Filme werden entwickelt, getrocknet, geschnitten und ins Labor geschleppt, und dort unter fachkundiger Leitung zum Papierbild weiterverarbeitet.

Dieser Kurs wird wieder angeboten! Teilnehmen können interessierte AnfängerInnen, aber auch Leute mit Vorkenntnissen. Eine eigene Kamera sollte nach Möglichkeit vorhanden sein.

Es gibt **zehn Termine** vom **25. August 1997 bis zum 27. Oktober 1997**, und zwar in den Räumen der *SPERRE*, jeweils **montags von 19 bis 21 Uhr**.

Ich, Andrea Mennebäck, leite auch diesen Kurses. Ich bin ausgebildete Fotografin und habe bereits den ersten Kurs „überstanden", ohne ernsthafte Beschwerden oder gar faule Eier zu kassieren. Momentan mache ich eine Ausbildung zur Ergotherapeutin. Seit einem halben Jahr engagiere ich mich für AbM e. V.

Informationen zum und Anmeldungen für den Kurs?
Ruft an (Tel.: 51 11 21), oder kommt montags ab 19 Uhr vorbei!
Wo? – *SPERRE*-Keller, Achtermannstraße 7. *Andrea Mennebäck*

Blitzen! Blitzen! Blitzen! ... und immer auf den Leser halten.
Foto: privat

Frauen-Branchenbuch hat sie alle

Autohändlerin bis „Zauberfrau"

Endlich ziehen Münster und Umgebung neue feminine Seiten auf: Das Frauen-Branchenbuch von *Geld & Leben e. V.* verzeichnet über hundert Anbieterinnen von Produkten und Dienstleistungen quer durchs Alphabet. 40 Rubriken und 190 Stichwörter in *„VIB – Very Important Businesswomen"* machen die Suche zum „Damen"-Spiel. Die stolzen Geburtshelferinnen für werbewirksamen Unternehmerinnengeist, Edith Hettwer und Dr. Dorle Weyers, stießen am 5. Juli mit interessiertem Publikum auf ihre Premiere an. Wem an ihrem VIB-Stand in der Ludgeristraße sowohl das Prösterchen als auch ein frisches Druckwerk entging, der kann das letztere in Geschäften, soziokulturellen Zentren oder direkt bei *Geld & Leben*, Neubrückenstr. 25–27, abholen – kostenlos. *nodi*

Ei(gen)willige Pressesache

Mit eben diesem Dringlichkeitsvermerk findet sich ein Stück liebgewonnener Tradition in unserem Briefkasten: eine Presseinformation des Arbeitsamtes Münster. Nehmen wir gern, selbst wenn unser Blatt keine kurzfristigen Veranstaltungshinweise bringen kann. Berichte über interessante Begebenheiten vor allem in der münsterischen Arbeits-(losen)welt sind unser Metier. Doch dazu kann es nicht kommen. Wie gesagt: Schön, die Mitteilung bekommen zu haben – schade, daß seit den Terminen bereits drei Tage verstrichen sind. So wandern sie statt in den Arbeitskorb direkten Wegs in die (Rund-)Ablage, gehen nicht über LOS. Was und wie es bei Stellenbörse und Career-Service-Vortrag losgeht? – Da bleibt nur noch Auswürfeln. *nodi*

KNEIPE
FRAUENSTR. 24
DURCHGEHEND
TÜRKISCHE KÜCHE
AUCH ZUM MITNEHMEN!
MO–FR VON 9.30–1 UHR
SA UND SO VON 12–1 UHR

SIC
Sozialhilfeberatung im cuba
Achtermannstraße 10-12
48143 Münster Telefon 5 88 56
Beratungszeiten
Di - Fr 9 - 12 Uhr
Do 15 - 17 Uhr
Beratung für Schwangere und Alleinerziehende
Do 10 - 12 Uhr
Sozialhilfe-Sorgentelefon
Mo und Mi 15 - 17 Uhr Telefon 4 35 44

Reif für die Insel?

Foto: Nothnagel

Skulptur. Projekte 1997: A-Z Deserted Islands, Andrea Zittel

„Schließlich wollte jeder Arbeitslose im Freizeitpark Deutschland seine eigene kleine Ferieninsel für sich. So konnte, nein, so durfte es nicht weitergehen. Eigenhändig schmissen Norbert und ich jeden einzelnen dieser Lümmel ins kalte Wasser ...“
Zitiert aus: „Ich, Helmut. Ein Titan ringt um Deutschland. – Erinnerungen.“, S. 33, Oggersheim 2027, Walhalla-Verlag, 99,90 Euro.

Wenn bei Capri die rote Sonne im Meer versinkt ... Die Sonne scheint bei Tag und Nacht: Eviva, España! ... Griechischer Wein ist so wie das Blut der Erde ...

Von derartigen Reiseeindrücken können Arbeitslose ihren Lieben daheim nur schreiben, wenn die Arbeitsvermittlung ihnen vorher „Bon voyage“ gewünscht hat und das Arbeitslosengeld für einen Trip in die Sonne reicht. Arbeitslose erhalten nämlich keinen Pfennig Urlaubsgeld und müssen sich vor ihrer Abreise das „Okay“ ihres Arbeitsamtes einholen. Bevor Sie also Ihre Badehose einpacken und Ihr kleines Schwesterlein an die Hand nehmen, lesen Sie alles über Recht und Unrecht, Fug und Unfug zum Thema Urlaub bei Arbeitslosigkeit.

Kein Urlaubsgeld für Arbeitslose?

Sommerzeit – Urlaubszeit – Zeit auch für das Urlaubsgeld. Aber natürlich nicht für Arbeitslose. Selbst wenn Sie jahrelang auf Ihr Urlaubsgeld Beiträge in die Arbeitslosenversicherung abgeführt haben, zahlt Ihnen das Arbeitsamt nichts. Das widerspricht dem Versicherungsprinzip. Beitragszahlungen und Versicherungsleistungen müssen sich auf die gleiche Grundlage beziehen – übrigens auch bei Weihnachtsgeld oder Jubiläumszuwendungen sowie bei den anderen Sozialversicherungen.

Dagegen hatte vor vielen Jahren ein Beitragszahler geklagt und schließlich vorm Bundesverfassungsgericht im Grundsatz recht bekommen. 1995 verdonnerte es den Gesetzgeber, bis zum 31.12.1996 das Ungleichgewicht bei den Sozialversicherungsgesetzen zu beseitigen.

Mit dubiosen Klauseln hat die Bundesregierung in ihrem „Gesetz zur Behandlung von Einmalzahlungen“ vorgetäuscht, diesen Auflagen nachzukommen.

So wird beispielsweise ein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld für Arbeitslose auch künftig mit der Begründung verweigert, Arbeitslose könnten bei künftigen Jobs kaum noch eine solche Sonderzahlung erwarten. Solche Zahlungen ständen in Tarifvereinbarungen sowieso auf der Abschußliste. In der Gesetzesanhörung bestritten beide Tarifpartner diese Behauptung. Trotzdem blieb es bei der Formulierung. Dem Richter am Bundessozialgericht Werner Hennig erscheint diese Regelung „mehr als fragwürdig“. Ähnlich urteilen andere Fachjuristen. Der Rechtsweg gegen diese Rechtsbeugung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit erfolgreich sein. Was also tun?

Arbeitslose beantragen beim Arbeitsamt ein Urlaubsgeld, am besten schriftlich. Schreiben Sie, Sie hätten Beiträge auf Urlaubsgeld gezahlt und Sie würden in Ihrer Branche auch in Zukunft ein Urlaubsgeld erwarten. Beschäftigte legen bei ihrer Krankenkasse Widerspruch ein gegen Sozialversicherungsbeiträge vom Urlaubsgeld. Wird dieser Widerspruch abgelehnt, legen Sie Klage ein beim Sozialgericht. Die Klage kostet nichts, wenn Sie selbst keinen Anwalt beauftragen oder wenn Sie sich als Mitglied von Ihrer Gewerkschaft vertreten lassen.

Da das Verfahren Jahre dauern kann, hilft Ihnen des Kanzlers Tugend: Aussitzen. *avo*

Urlaub nur mit Zustimmung

Der Arbeitslose bekommt kein Urlaubsgeld. Darf er denn Urlaub nehmen? Ja, er kann sich durch seinen Arbeitsvermittler von der täglichen Verfügbarkeit befreien lassen.

Pro Kalenderjahr geht das maximal drei Wochen lang unter Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung.

Weitere drei Wochen kann man sich unter Verzicht auf die Stütze abmelden.

Der Arbeitsvermittler kann seine Zustimmung verweigern, wenn es der Arbeitsvermittlung im Weg steht.

Das Arbeitsamt muß aber die persönlichen Umstände des Arbeitslosen berücksichtigen.

Deshalb sollten Sie den Urlaubswunsch rechtzeitig im Arbeitsamt anmelden.

Aus dem Urlaub zurück führt der erste Weg wiederum ins Arbeitsamt.

Wer keine oder zuwenig Arbeitslosenunterstützung erhält und auf Sozialhilfe angewiesen ist, braucht sich über Urlaub nicht den Kopf zu zerbrechen. Sozialhilfebezug und Urlaub sind nicht zu vereinbaren.

Für längere Abwesenheit vom Heimatort mag es ratsam sein, sich ganz aus dem Arbeitsamt zu verabschieden.

Aber Vorsicht: Wer sich für eine längere Reise aus der Arbeitslosigkeit abmeldet und später zurückmeldet, dem wird gern ein Monat von der Restlaufzeit des Arbeitslosengeldes abgezogen.

Dieses Vorgehen der Arbeitsämter ist umstritten, ein Widerspruch kann sich lohnen.

Manche verlieben sich auch in ein Urlaubsland. Sie träumen schon mal davon, dorthin zu ziehen und sich eine Arbeit zu suchen.

Im gemeinsamen Europa erhalten Arbeitslose eine Unterstützung bei der Arbeitssuche in einem Partnerland.

Sie lassen sich eine Bescheinigung „E 303“ vom Heimatarbeitsamt ausstellen, fahren in das Land ihrer Träume und geben den Schein bei der dortigen „Stempelbude“ ab.

Sie erhalten bis zu zwölf Wochen lang Arbeitslosenunterstützung nach den Maßstäben der dortigen Arbeitsämter.

Wenn es mit der Liebe und der Arbeitssuche nicht geklappt hat, melde man sich unbedingt vor Ende dieser zwölf Wochen im Heimatarbeitsamt zurück.

Der gesamte Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe verfällt nach Ablauf der zwölf Wochen. *avo*

Foto: Wiedenstried

„Second-Hand vernetzt" ist ein Zusammenschluß von Second-HandlerInnen in Münster. Die Initiative verfolgt nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern sieht sich auch als einen Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften. Mit der Initiatorin, Daniela Kaminski vom netz NRW, sprach Manfred Schürmann.

„Gerade für Kinder ist dies eine wichtige Erfahrung, daß nicht nur die Ex-und-hopp-Mentalität zählt." – Secondhand ist ein wichtiger Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften, vielleicht sogar das Ei des Kolumbus. Skulptur. Projekte in Münster 1997: Autostat und Etude de couleur, Franz West

Secondhand in Münster:

Ein erstklassiges Angebot

Seit wann gibt es Euren Zusammenschluß, und was bezweckt Ihr?

Wir haben uns das erste Mal im November 1995 getroffen. Damals dominierte der Wunsch nach Erfahrungsaustausch, dann sind aber schnell gemeinsame Aktionen wie die Teilnahme am Umweltmarkt, an der MS '96, der Wettbewerb „Nachhaltige Aktionen" und ähnliches daraus entstanden. Dieses Jahr haben wir erstmals ein Jahresprogramm erstellt mit monatlichen Treffen, Seminaren, Aktionen. Ziel unserer Initiative ist die Stärkung des Gebrauchtgüterhandels in unserer Gesellschaft.

Wie sind die Reaktionen? Wer interessiert sich dafür?

Das ist unterschiedlich. Wir stellen immer wieder fest, daß die Leute erstaunt sind, wieviele Secondhand-Geschäfte es in Münster gibt, welche Branchen überhaupt vertreten sind. Viele Anfragen kommen aber auch von anderen Secondhand-Geschäften, so nahm an unserem Seminar „KundInnengespräche" eine Bielefelder Intitiative mit vier Leuten teil. Mein Gefühl ist, daß ein Umbruch stattfindet auch im Selbstbewußtsein der Secondhand-Geschäfte, die rauswollen aus der Schmuddelecke und gerade durch die Diskussion über Nachhaltigkeit einen ganz anderen Stellenwert bekommen können.

Wir erleben es ja oft, daß die Sozialhilfe mit mit dem Verweis auf gebrauchte Sachen gedrückt werden soll. Wie steht Ihr dazu?

Das finde ich schlicht geschmacklos. Indem wir definieren, daß die einen gerade gut genug sind, die gebrauchten Sachen der anderen zu nutzen, tragen wir noch mehr zur Diskriminierung innerhalb der Gesellschaft bei. Wir sehen es genau andersherum: Gebrauchte Güter sind Güter im wahrsten Sinne des Wortes. Ihre Nutzung zeugt nicht von einem beschränkten Geldbeutel, was für sich eigentlich auch keine Schande bedeuten dürfte, sondern von verantwortungsvollem Umgang mit Ressourcen, abgesehen davon, daß Stöbern im Secondhand ebensoviel Spaß machen kann wie auf dem Flohmarkt. Wenn es für mich zum Alltag gehört, meine gebrauchten Dinge wieder zu verkaufen, werde ich bereits beim Einkauf auf Qualität achten und meine Sachen schonen. Gerade für Kinder ist dies eine wichtige Erfahrung, daß nicht nur die Ex-und-hopp-Mentalität zählt.

Also nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern auch ein politischer Anspruch?

Ja, mit Sicherheit. Je mehr man sich mit dem Thema beschäftigt, desto politischer wird es eigentlich. Ein anderes Beispiel ist der Handel mit gebrauchten Textilien. Unser Textilienexport zerstört die Textilwirtschaft in Afrika, das mußte ich auch erst lernen. Mit VAMOS zusammen hat „Second-Hand vernetzt" eine Veranstaltung zum Thema „Kleider machen Beute" im *cuba* gemacht. Daraus resultierte ein Bürgerantrag zur Containerplatzvergabe in Münster. Da schließen sich die Kreise. Da gibt es noch ganz andere Forderungen.

Welche?

Beispielsweise die nach Unterstützung durch die Kommunen, was Werbung angeht, Ladenlokale oder wie es bei uns die Abfallwirtschaftsbetriebe durch die Broschüre „Teilen, leihen, tauschen" machen. Eine Reduzierung der Müllgebühren für SecondhandlerInnen, die zum Teil akribisch sortieren und dafür Arbeitszeit, sprich: Geld aufwenden, während Privatleute auf dem Sperrmüll entsorgen. Auf Bundesebene wäre eine neue Eingliederung bei der Umsatzsteuer wünschenswert, da Secondhandler nicht so viel Mehrwertsteuer gegenrechnen können. Sie kaufen ja vorwiegend privat ein. So etwas durchzusetzen braucht einen langen Atem und natürlich auch einen großen Kreis von Interessierten, die das mittragen. Da könnten wir noch Unterstützung gebrauchen.

Wie geht es weiter mit „Second-Hand vernetzt"?

Dieses Jahr werden wir sicherlich auf dem Umwelttag dabeisein, wir sind eingeladen, unsere Initiative auf der Eröffnungsveranstaltung zur „Lokalen Agenda" des Umweltministeriums NRW in Hamm zu präsentieren, wir planen gemeinsame Werbeaktionen, im Herbst finden zwei Seminare zum Thema „Marketing für Secondhand-Betriebe" statt. Nicht zu vergessen unser monatlicher Stammtisch.

Vielen Dank für das Gespräch.

Radlos ?
Neue und gebrauchte Fahrräder
mon - frei 13-18 Uhr
Dortmunder Str. 11
Tel: 66 57 61
LILALEEZE
FRAUENFAHRRADWERKSTATT

„Ecstasy – Drei Romanzen mit chemischen Zusätzen" von Irvine Welsh

EKSTATISCHE TRIPS INS SURREALE

Mit seinem herausragenden Debüt „Trainspotting", das nicht nur als Roman, sondern auch auf den Bühnen und auf der Leinwand ein Riesenerfolg war, hat Irvine Welsh sich im Kreis der bedeutendsten zeitgenössischen Autoren Großbritanniens etabliert. Welshs neues Buch „Ecstasy" hat genausoviel Kultpotential wie sein legendärer Erstling.

Irvine Welsh Foto: *Kiepenheuer & Witsch*

Trainspotting" war eines dieser Bücher, dessen 300 Seiten selbst der eingefleischteste Lesemuffel in Windeseile verschlingen mußte. Doch seine wahre Popularität verdankt der Roman „Trainspotting" wohl den kontroversen Diskussionen um die Frage, ob er Drogen glorifiziere oder nicht.

Auch mit seinem neuen Werk *„Ecstasy - Drei Romanzen mit chemischen Zusätzen"* wird Welsh – wie der Titel nur unschwer erraten läßt – dem ihm seit „Trainspotting" anhaftenden Image des Dichterfürsten der Drogengeneration voll und ganz gerecht. Die drei Geschichten beschäftigen sich mit der pillenwerfenden Jugend und lesen sich wie literarische Protokolle aus dem Alltag der Techno-Generation, die Welsh hier erstmalig zum Gegenstand von Belletristik macht.

„Die Unbesiegten"

Bereits die erste Erzählung macht deutlich, daß Welsh an die befreiende Wirkung von Drogen glaubt.

„Die Unbesiegten" handelt von Heather, einer jungen Frau, die seit fünf Jahren mit einem *„Dire Straits"-Spießer* verheiratet ist und nachts heimlich auf die „Piste" geht. Ein paar Pillen und eine durchtanzte Nacht lassen sie schließlich den Entschluß fällen, ihren Mann zu verlassen und ihr Leben in vollen Zügen zu genießen. In einem Club trifft sie Lloyd, einen verrückten, ständig unter *Acid-Strom* stehenden Typen, in den sie sich hoffnungslos verliebt ...

Soziale und politische Aspekte völlig ignorierend, scheint Welsh hier puren Hedonismus als einzig mögliche Form des Widerstandes und als einzige Alternative zum Spießertum darstellen zu wollen. Doch vielleicht beabsichtigt Welsh mit dieser übertriebenen Schilderung real existierender Zustände, unserer modernen Gesellschaft satirisch den Spiegel vorzuhalten. Sein Text läßt mehrere Interpretationsmöglichkeiten zu, was die Leserinnen und Leser in jedem Fall zum Nachdenken anregt.

„Ecstasy" ist keinesfalls nach einem so schlichten Muster gestrickt, wie dies der Klappentext vielleicht vermuten ließe:

„Drei wilde, radikale Geschichten über die Liebe" – diese Charakterisierung täuscht über die bizarre, gewalttätige und manchmal auch ekelerregende Qualität von Welshs Erzählungen hinweg.

„Lorraine geht nach Livingston"

In „Lorraine geht nach Livingston" stellt er alle nur erdenklichen verkommenen und dunklen Seiten der Menschheit dar: Nekrophilie, Pädophilie, Sodomie – es gibt kein Laster, von dem seine perversen Protagonisten nicht beherrscht werden. Mindestens genauso verwerflich wie die Phantasien und Aktionen von Welshs Charakteren ist auch deren Sprache.

Seine männlichen Figuren schmeißen mit sexistischen und schwulenfeindlichen Ausdrücken um sich, was das Zeug hält. Dies ruft mal ein Gefühl tiefer Abscheu für den Autor hervor, im nächsten Augenblick jedoch Bewunderung dafür, daß er den Mut hat, die bittere Realität so unverblümt darzustellen.

Die unangenehme Wirklichkeit, für die Welsh nie das Auge verliert, geht in seinen Geschichten immer wieder eine gelungene Symbiose mit dem Surrealen ein.

„Fortune's always hiding"

Dies wird besonders deutlich in der Erzählung *„Fortune's always hiding"*, in der er die Rachegelüste zweier durch Contergan geschädigter Jugendlicher am Marketing Manager dieses verheerenden Medikaments thematisiert. Das erbarmungslose, an einen Alptraum erinnernde Ende dieser als Krimi gestalteten Erzählung übersteigt jedoch das Vorstellbare.

Eigentlich wird diese zusammenfassende Auflistung seiner Geschichten dem Schriftsteller nicht gerecht. Welshs Schreibkünste entziehen sich einfach jeglicher Beschreibung. Er schreibt brutal, radikal, derb und komisch zugleich.

Die Geschichten, die aus diesen Spannungen entstehen, sind sehr scharfsinnig, manchmal auch so abgedreht, daß wir sie wohl einem Trip des Autors verdanken müssen.

Seinem Markenzeichen bleibt Welsh auch in *„Ecstasy"* treu:

Packende Dialoge wechseln mit brillanten Bewußtseinsstrom-Monologen seiner Protagonisten. *alex*

Irvine Welsh: Ecstasy – Drei Romanzen mit chemischen Zusätzen
Deutsch von Clara Drechsler und Harald Hellmann
Kiepenheuer & Witsch, 19,80 DM

Rosta
BUCHLADEN
Regidlstr. 12, 48143 Münster,
Tel.: 0251 / 4 49 26

Start in die Arbeitswelt

Foto: Hamers

Mitglieder der Arbeitslosengruppe „Kein Stillstand ohne Stelle" im Gespräch mit Regine Keller (li.) u. Christoph Irzig (re.) von der GEBA.

„Kein Stillstand ohne Stelle" besuchte die Gesellschaft für Berufsförderung und Ausbildung (GEBA)

Am 1. März 1997 hat die Gesellschaft für Berufsförderung und Ausbildung (GEBA) mbH ihre Tätigkeit an der Geiststraße 4 in Münster aufgenommen. Die Arbeitslosengruppe „Kein Stillstand ohne Stelle" wollte wissen, ob es neue Hoffnungen für den düsteren münsterschen Arbeitsmarkt gibt und besuchte die GEBA am 10. Juni zu einem Informationsgespräch. Zu Beginn stellten Regine Keller und Christoph Irzig das Konzept der GEBA, die Teilnahmevoraussetzungen, die Maßnahmebeschreibung und die Ziele vor. Die GEBA will benachteiligte Arbeitsmarktbewerber in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermitteln durch:

- intensive persönliche und berufliche Beratung
- Förderung sozialer Kompetenzen
- Vermittlung beruflicher Schlüsselqualifikationen.

Um möglichst effizient zu arbeiten, ist die Freiwilligkeit der Teilnehmer gewährleistet. Nach einem intensiven Vorgespräch entscheidet der Interessent, ob die Maßnahme geeignet für ihn ist. Eine Maßnahme dauert zwölf Wochen. Davon fallen zwischen zwei und sechs Wochen auf den theoretischen Teil. Dabei ist eine persönliche Bestandsaufnahme, die sich primär an den Kenntnissen, Erfahrungen, Neigungen und Wünschen der Teilnehmer orientiert, wichtig für deren Verlauf. Bewerbungstraining, Lerntechniken, Kommunikationstraining, bewegungstherapeutische Übungen, Entspannungstechniken usw. bereiten die Teilnehmer gezielt auf den Arbeitsmarkt vor. Die Angebote richten sich teilweise nach den Interessen der Teilnehmer. Jede Gruppe hat maximal 15 Teilnehmer. Ca. sechs Stunden pro Woche stehen den Teilnehmern zur eigenen Verfügung, wobei Eigenarbeit oder Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund stehen. Z. B. kann ein Teilnehmer einem anderen den Aufbau einer Gehaltsabrechnung erklären. Am Montagmorgen können die Teilnehmer ca. 90 Minuten dazu nutzen, in einschlägigen Zeitungen nach interessanten Stellenangeboten zu suchen. Eine von Regine Kellers Aufgaben ist es, Kontakte zu potentiellen Arbeitgebern herzustellen, um die Teilnehmer entweder direkt oder über ein Praktikum in Arbeitsstellen zu vermitteln. Zur Zeit ist es noch schwierig, verläßliche Zahlen über erfolgreiche Vermittlungen zu präsentieren. Jedoch lassen Erfahrungswerte darauf schließen, daß die GEBA mit ihrem Konzept auf dem richtigen Weg ist. *Wolfgang Schulte*

Foto: *Hamers*

Kirsten Unger studiert Sozialarbeit an der FH Münster. Sie macht von Oktober 1996 bis September 1997 bei *AbM e. V.* ein studienbegleitendes Praktikum. Kirsten ist vor allem im Arbeitslosenzentrum, aber auch beim Stammtisch für Arbeitslose sowie in der Kinder- und Fotogruppe tätig.

Foto: Hamers

Stefanie Ann-Christin Linda Andre Christina Michel.

Das sind wir

Wir nennen uns die Neugierigen, denn wir wollen viel wissen und haben viele Fragen.
Wir treffen uns einmal die Woche.
Wir machen viele weitere Spiele und Aktionen zur Arbeit und zur Arbeitslosigkeit.
Wir malen und erraten Berufe.
Wir machen Rollenspiele, zum Beispiel, wie stelle ich mir einen Besuch beim Arbeitsamt vor.
Wir möchten, daß viele Kinder etwas von unserer Gruppe haben und fertigen deshalb eine Broschüre über uns an.
Seid gespannt darauf!!

Die Kindergruppe trifft sich jeden Freitag von 15.15 bis 16.45 Uhr.
Kontakt: Maria Hamers, AbM e. V.
Tel.: (02 51) 51 11 21

Kreuzweise

Unsere kleine Entscheidungshilfe für die nächste Bundestagswahl

„Das Buch ist wie ein Garten, den man in der Tasche trägt."
Bundeskanzler Helmut Kohl anläßlich der Eröffnung der Deutschen Bibliothek (DIE ZEIT, 23.05.1997).

Welches Buch mag wohl die Taschen unseres Kanzlers in blühende Gartenlandschaften des Schöngeistigen und Philosophischen verwandeln?

Das Grundgesetz? Wohl kaum. *„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."* Asylbewerber, geduldete Ausländer und Bürgerkriegsflüchtlinge erhalten 20 Prozent weniger zum Leben als deutsche Sozialhilfeempfänger.

Dann vielleicht die Bibel? *„Deine Rede sei ja, ja und nein, nein, und alles, was darüber ist, ist von Übel."* Nein, nein, diesen Satz hat er bestimmt nie gelesen. Dies ist so sicher wie die Renten, die Halbierung der Arbeitslosigkeit und der Aufschwung Ost.

Goethes Faust? *„Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein."* Für die 2,5 Millionen Sozialhilfeempfänger in Deutschland ist das Leben alles andere als ein „Osterspaziergang". Ihre Hilfe zum Lebensunterhalt liegt nämlich unterhalb der von der EU-Kommission definierten Armutsgrenze – trotz eines sich zu Europa bekennenden Kanzlers.

Schiller? *„Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire."* Welch törichte Forderung an einen Potentaten, der bestenfalls gewillt ist, Journalisten eine Antwort auf folgende Frage zu gewähren: *„Wieviel Eier kommen in Ihren Karamelpudding, Herr Bundeskanzler?"*

Thomas Jefferson? *„Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, daß dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören."* Seit dem 1. April '97 gilt das Arbeitsförderungsreformgesetz (AFRG), das Arbeitslosen nach der im Grundgesetz verbrieften Freiheit der Berufswahl trachtet. In § 121 Abs. 5 AFRG heißt es: *„Eine Beschäftigung ist nicht schon deshalb unzumutbar, weil sie ... nicht zum Kreis der Beschäftigungen gehört, für die der Arbeitnehmer ausgebildet ist oder die er bisher ausgeübt hat."*

Dann vielleicht Montesquieu, Rousseau, Heine, Büchner, Tucholsky, Heinrich Mann, Kästner, Ringelnatz, Schnurre, Christa Wolf, Anna Seghers? Treibt wenigstens ein Werk von ihnen in des Kanzlers Taschen Blüten? Wir wissen es nicht. Von einem Satz aber läßt sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vermuten, daß er ihn nicht nur gelesen, sondern auch beherzigt hat:

„Ich aber beschloß, Politiker zu werden." uwi

Wir leben in großen Zeiten. Schulter an Schulter sichern wir die ewig leckenden Grenzen unseres geliebten Vaterlandes vor allem, was über die Deiche der Oder zu schwappen droht. Im gemeinsamen Abwehrkampf finden Ost und West endlich zur großdeutschen Standortgemeinschaft zusammen. So wird das Wunder wahr: Die *„Asylantenflut"* weicht zurück. Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und geduldete Ausländer erhalten seit dem 1. Juni 20 % weniger zum Leben als deutsche Sozialhilfeempfänger. Arbeiten dürfen sie auch nicht mehr. So blasen nicht nur Deichgraf Kohls Mannen, sondern auch Gerhard Schröder und Henning Voscherau vom Sandsack herunter zum Halali auf alle Undeutschen. Wer wollte da beiseite stehen, gilt es doch, diese kriminellen Schmarotzer auf die andere Seite des Deiches zurückzudrängen? Es geht gegen Ausländer, da kennen rechte Deutsche keine Himmelsrichtungen, keine Parteien und kein Pardon. Vergessen jeder kleinmütige Zank zwischen Opposition und Regierung, vergessen die übertriebene Humanitätsduselei der fetten Jahre. Nächstenliebe, Menschenrechte, alles schön und gut, solange genug Geld da ist. Von 1980 bis 1993 stiegen die Nettogewinne westdeutscher Unternehmen um 251 %. 1994 summierte sich das auf 653,1 Milliarden DM Einkommen aus Gewinn und Vermögen. Unternehmereinkommen stiegen von 1993 bis 1996 um 26,8 %, Löhne und Gehälter fielen um 4,5 %. Die Klage über den immer teurer werdenden Sozialstaat ist eine Propagandalüge. 1975 machten die Sozialausgaben 33,9 % des Bruttoinlandproduktes aus, heute nur 33 %; inklusive der historisch einmaligen Belastung der Vereinigung. Wer unseren Mitmenschen die Butter vom Brot stiehlt, kann sich auf eins bestimmt nicht herausreden: auf finanzielle Sachzwänge. Geld ist genug da. Nur nicht dort, wo es hingehört. uwi

Der Preis des letzten *SPERRE*-Rätsels geht aber dahin, wohin er gehört.

Der Gewinner ist Herr **Manfred Vogeley** aus **Münster**. Er hatte nicht nur die richtige Antwort ***(Euro-Marsch)***, sondern auch Fortüne bei der Auslosung. Herzlichen Glückwunsch.

Nun zu unserem neuen Rätselbegriff:

Vorbild, nach dem unser oberster Deichgraf dem Sozialstaat das Wasser abgraben möchte.

Das Lösungswort ergibt sich aus den umrandeten Feldern, und zwar von oben nach unten. Alle Fragen beziehen sich wie üblich auf Artikel dieser Ausgabe. Das gibt es zu gewinnen:

4 STEHPLATZ-DAUERKARTEN FÜR MEISTERSCHAFTSSPIELE DES SC PREUSSEN MÜNSTER IN DER SAISON 97/98

(Zwei der Freikarten sind für Kinder, die anderen beiden für Erwachsene mit Anspruch auf Ermäßigung.)

Die Karten gehen an die ersten Teilnehmer, die uns am Telefon **(51 11 21)**, per Fax **(4 79 14)** oder per Post die richtige Antwort mitteilen. Wir verlosen die Karten sowohl gemeinsam (z. B. an Familien), als auch einzeln. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Vielen Dank an **SC Preußen 06 e. V. Münster** für die freundliche Spende.

***„Isch habe gar keine Auto, Signorina."* – Aber dafür ein Getränk, das das niederländische Sozialabbaugebräu zum Prinzip verklärte.**

Während der offizielle noch auf Reede liegt, macht der vorläufige schon gute Fahrt – MÜNSTER-PASS, ...!

Wühlmäuse im Techno-mortale-Fieber

Nacktbildnis eines Stahlfadens

Sp(r)itzenhäubchen für Sozialabbau

Kurzwort für Kurzreisen ins Überwirkliche

Die, die in Amsterdam „Euro, go!" sagten, wollten von diesem nichts wissen.

Brennpunkt für *„Presseente à la Markwort"* und andere Schnellgerüchte

Ohne Frauen ist sie nicht zu machen.

...mieten, ...preise, ...zinsen, beschert der Theo uns mit Grinsen. Das ist nicht nur „Betruch", Herr, das ist der reinste ...

Beschäftigung sollte der EU an und für sich mehr wert sein als ein aus lauter Leerzeilen bestehendes ...

Klarer Fall: Donna Zetkin ist Patin dieses e. V.

Arbeitslose brauchen Medien e. V.

Achtermannstr. 7
Tel.: 51 11 21, Fax: 4 79 14

Allg. Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 10.00–16.00

Termine:

Mo.	Fotogruppe	19.00–21.00
Di.	Ideenbörse	14.00–16.00
Mi.	ExistenzgründerInnen	11.00–13.00
	Schreibwerkstatt	13.00–15.00
Do.	Arbeitslosen-Stammtisch (alle 14 Tage)	20.00–22.00
Do., Fr.	Beratung nach dem AFG	11.00–13.00
Fr.	Kindergruppe	15.15–16.45

Weitere Termine nach Vereinbarung

Die Sendung zum Thema: **W.A.S.**
„Wohnen, Arbeit, Soziales" auf Radio Antenne Münster
jeden 4. Donnerstag im Monat von 20.04–20.56 Uhr

Ohne Berufspraxis endet der Absprung ins Arbeitsleben allzuoft im kalten Wasser der Arbeitslosigkeit.
Das muß nicht sein. In der *SPERRE* können angehende JournalistInnen ihre ersten Schwimmversuche machen.
Und nicht nur die: Studierende der Sozialpädagogik, Sozialarbeit etc. können bei uns ihr Praktikum machen. Denn die *SPERRE* ist nicht nur Münsters Arbeitslosenzeitung, sondern auch ein Arbeitslosenzentrum, in dem es alle Hände voll zu tun gibt.

Wir suchen freie MitarbeiterInnen & PraktikantInnen

für

Text, Layout, Fotografieren, Anzeigenakquise, Verteilung, Arbeitslosenzentrumsarbeit und was sonst alles so anfällt.

Allerdings: Im Geld schwimmen werdet Ihr nicht. Denn: Talentierte Workaholics ohne pekuniäre Ambitionen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

☎ **(0251) 51 11 21**

KEIN STILLSTAND OHNE STELLE

– Stammtisch für Arbeitslose und Interessierte –

Austausch von Ansichten, Anregungen und Auswegen.

Regelmäßige Treffen
alle 14 Tage donnerstags
ab 20 Uhr
im *SPERRE*-Keller
gegenüber vom cuba.

Kontakt:
Maria Hamers,
Arbeitslose brauchen Medien e. V.,
Achtermannstraße 7,
Tel.: 51 11 21

Sozialberatungen im cuba

Achtermannstr. 10–12

Projektberatung Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen **Tel.: 51 19 29**	Mi. u. nach Vereinb.	10.00–12.00 Uhr
Arbeitslosenberatung speziell für Langzeitarbeitslose Allgemeine Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 09.00–13.00 Uhr, Mo. u. Do. 14.00–18.00 Uhr, Di. u. Mi. 14.00–16.00 Uhr **Tel.: 51 19 29 und 5 81 75**	Mo. u. Do. Di. u. Do.	15.00–17.00 Uhr 09.00–12.00 Uhr u. nach Vereinb.
Rat & Tat, individuelle Beratung zur beruflichen Wiedereingliederung **Tel. 51 88 80**	Di. bis Fr.	10.00–12.00 Uhr u. nach Vereinb.
sic – Sozialhilfeberatung im cuba **Tel.: 5 88 56**	Di. bis Fr. Do.	09.00–12.00 Uhr 15.00–17.00 Uhr
Beratung für Schwangere und Alleinerziehende **Tel.: 5 88 56**	Do.	09.00–12.00 Uhr u. nach Vereinb.
Sozialhilfesorgentelefon **Tel.: 4 35 44**	Mo. u. Mi.	15.00–17.00 Uhr